

Wiesbadener Tagblatt.

Druck und Verlag:
J. Schellenberg'sche Hofbuchdruckerei, "Tagblatt-Haus".
Geschäftszeit: 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends,
außer Sonntags und Feiertagen.

Wöchentlich
mit einer täglichen



7 Ausgaben
Unterhaltungsbeilage.

Erscheinungszeit:
Wöchentlich nachmittags, Samstags vor u. nachmittags
Fernsprecher-Zentral-Bl. 1931.
Berliner Büro: Berlin-Wilmersdorf.

Bezugspreise: Im Verlag abgeholt: 96 R.-Pfg., in den Ausgabestellen: 96 R.-Pfg., durch die Träger
des Haus gebracht: R.-M. 1.— für eine Bezugszeit von 2 Wochen. — Bezugsbestellungen nehmen
an: der Verlag, die Ausgabestellen, die Träger und alle Postanstalten. — In Fällen höherer
Gewalt, Betriebsstörungen oder Streiks haben die Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Lieferung des
Blattes oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.

Anzeigenpreise: Erst. Anzeigen 30 R.-Pfg., anwärt. Anzeigen 20 R.-Pfg., Zeit. Kleinanzeigen R.-M. 1.—
auswärtige Kleinanzeigen R.-M. 1.50 für die einseitige Kolonelle oder deren Raum. — Für die Auf-
nahme von Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen. —
Schluss der Anzeigenannahme 10 Uhr vormittags. Größere Anzeigen müssen spätestens einen
Tag vor dem Erscheinungstage aufgegeben werden.

Telegramm-Adresse: Tagblatt Wiesbaden.

Höchste Abonnentenzahl aller Tageszeitungen Wiesbadens und Nassaus.

Polizeistempel: Frankfurt a. M. Nr. 208.

Nr. 324.

Samstag, 5. Dezember 1931.

79. Jahrgang.

Das Kabinett vor der Entscheidung.

Die Sozialdemokraten beim Kanzler. — Gebührensenkung der Reichspost?
Die städtischen Tarife.

Um die Lohnsenkung.

aus Berlin, 5. Dez. (Drahtbericht unserer Berliner Abteilung.) Die innenpolitische Lage hat seit gestern keine wesentliche Veränderung erfahren. Der Kanzler hat die Vertreter der Sozialdemokraten empfangen und bei dieser Unterredung dürften diese Herren der aktivste Teil gewesen sein, da sie den Kanzler sehr nachdrücklich auf ihre Besorgnisse wegen der sozialistischen Gefahr und wegen der Lohnsenkung hinwiesen. Der Kanzler konnte sich dahinter verschließen, daß das Kabinett irgendwelche Entscheidungen noch nicht getroffen hat.

Nach dem Bekanntwerden der neuen Notverordnung, also nicht vor Dienstag, wird die sozialdemokratische Reichstagsfraktion zu einer Beratung zusammenkommen und sich dann mit der Frage einer etwaigen früheren Einberufung des Reichstages beschäftigen, die gestern im Ältestenrat, wo die Kommunisten einen Antrag auf Einberufung gestellt haben, abgelehnt wurde.

Das Kabinett selbst hat seine Beratungen über die Notverordnungen gestern bis in die Nacht fortgesetzt. Da heute erst die Entscheidung im Kabinett fällt, so sind nach wie vor alle Nachrichten über den Inhalt der Notverordnung mit Vorsicht aufzunehmen. Zum Problem der Preislenkung beispielsweise heißt es jetzt,

daß die Reichspost einen Plan ausgearbeitet habe, der eine Tarifierung in Höhe von rund 120 Millionen Mark vorsieht.

Diese Gebührensenkung soll sich auf alle Gebiete des Postwesens erstrecken, insbesondere auf den Verkehr mit Paketen, Drucksachen, sowie auf den Fernsprechverkehr und zwar sowohl auf den Orts- wie auf den Fernverkehr. Ferner denkt man an eine Senkung der Rundfunkgebühren. Voraussetzung ist aber, daß die Summe

von 120 Millionen Mark, die durch die Gehaltskürzung der Beamten frei werden soll, der Reichspost verbleibt und nicht an das Reich abgeliefert werden muß. Das Reichskabinett muß sich nun erst darüber schlüssig werden, ob es auf diese Summe verzichten kann.

Inzwischen haben auch Besprechungen, wenn auch mehr informatorischer Art, mit dem Präsidenten des Deutschen Städtebundes Dr. Mulert über die Senkung der städtischen Tarife für Gas, Wasser, Elektrizität und Straßenbahnen stattgefunden.

Es wurde darauf hingewiesen, daß die Senkung dieser Tarife von einer Senkung der für die städtischen Betriebe nötigen Rohstoffe, in erster Linie also der Kohle, abhängt. Nun plant bekanntlich die Regierung eine Senkung der Kohlen- und Eisenpreise, aber in kommunalpolitischen Kreisen befürchtet man, daß diese Senkung nur geringen Einfluß auf die städtischen Tarife haben wird, zumal die städtischen Betriebe meist mit dazu herangezogen werden, das Loch im Stadtsäckel zu stopfen. Im allgemeinen scheinen sich also die Verhandlungen über die Preislenkung nach dem Motto zu vollziehen: „Hannemann, geh' du voran“, denn jeder wartet darauf, daß zunächst der andere die Preise senkt oder auf Einnahmen verzichtet.

Aber die Lohnsenkung glaubt der „Demokratische Zeitungsdienst“ mitteilen zu können,

daß man einen direkten Eingriff in die Tarifgebühren und Tariflöhne nicht vermeiden könne.

Die Lohnsenkung soll aber prozentual abgestuft werden und es soll weiter als Sicherung für die Arbeitnehmer eine unterste Grenze festgelegt werden. Immer wieder muß jedoch betont werden, daß das Kabinett noch keine Entscheidung getroffen hat, sodaß sich im gegenwärtigen Augenblick noch nicht sagen läßt, was von den mancherlei Plänen letzten Endes verwirklicht werden kann und wird.

Hitlers Bemühungen um das Ausland.

Rosenberg in London.

aus Berlin, 5. Dez. (Drahtbericht unserer Berliner Abteilung.) Die französische Presse beschäftigt sich sehr eingehend mit dem Besuch des nationalsozialistischen Abgeordneten und Hauptgeschäftsführers des „Völkischen Beobachters“ Rosenberg in London. Die Blätter erinnern daran, daß auch Mussolini im Jahre 1922 unmittelbar vor dem Marsch auf Rom eine Rundreise durch die europäischen Hauptstädte unternahm, um das Terrain zu sondieren und sich selbst als Anhänger der Völkerverständigung zu empfehlen. Hitler ist gestern in Berlin eintrafen und hat verschiedene Vertreter der amerikanischen und englischen Presse empfangen. Seine Bemühungen gehen vor allem darauf hinaus, im Ausland um Vertrauen zu werben und das Ausland über seine Bewegung zu informieren.

Zu dem Besuch Rosenbergs in London schreibt der „Daily Herald“, das Blatt der Arbeiterpartei, unter der Überschrift „Ein Völkshäfler, den niemand wünscht“, Rosenberg, der für den Posten des auswärtigen Ministers in der Hitler-Regierung auserselbstet sei, wäre in einem diplomatischen Auftrag nach London gekommen. Er wolle hier der britischen Regierung die Politik erklären, die Hitler, wenn er in einigen Wochen an die Macht komme, durchzuführen gedenke. So habe er Vorschläge zur Regelung der deutschen kommerziellen Schulden, besonders der kurzfristigen Anleihen, zu machen. Obwohl er Einführungsbriefe an Baldwin befinde und sowohl von einigen Finanzleuten wie von gewissen konservativen Abgeordneten unterstützt werde, habe ihn weder Baldwin noch irgendein anderer Minister empfangen, und sei höchst unwahrscheinlich, daß sie es tun würden.

Die Finanzen der Reichsbahn im Oktober.

Mehrausgabe von 71,5 Millionen.

Berlin, 4. Dez. Die Ausgaben der Reichsbahn für Betriebsführung hielten sich im Oktober 1931, wie der Monatsbericht der Deutschen Reichsbahn ergibt, im allgemeinen auf der Höhe des Vormonats. Als Beitrag an das Reich für Reparationszwecke sind in der Rechnung des Berichtsmontats 38 Millionen Mark ausgewiesen. Unter Berücksichtigung aller sonstigen Ausgabeverpflichtungen ergibt sich für Oktober eine Mehrausgabe von 71,5 Millionen Mark, sodaß sich die durch die Betriebsmaßnahmen nicht gedeckten Ausgaben für die ersten 10 Monate des Geschäftsjahres 1931 auf 308,1 Millionen Mark erhöhen.

Der Personalbestand hat sich, in der Hauptsache durch Einstellung von Zeitarbeitern in der Bahnwartung, auf 875 681 (674 958) Köpfe erhöht.

Eine Aktion zur Senkung der Fleischpreise.

Besprechungen im Reichsernährungsministerium.

Berlin, 4. Dez. Im Reichsernährungsministerium finden zurzeit Verhandlungen mit den beteiligten Fachkreisen statt, die auf eine Senkung der Fleischpreise abzielen. Vor allem ist die verbilligte Abgabe von Fleisch an Erwerbslose und Unterstützungsempfänger in Aussicht genommen. Für diesen Zweck ist von Reich wegen einer Summe von 15 Millionen M. bereitgestellt. Bei der Aktion sollen jedoch gewisse Opfer von dem Fleischgroß- und Kleinhandel getragen werden.

Aber diese Sonderaktion hinaus wird eine allgemeine Senkung der Fleischpreise erstrebt durch Abbau aller Unkosten und Lasten, die für die Preispanne zwischen Stall und Laden verantwortlich sind. Die Besprechungen sind bereits soweit gediehen, daß mit der Inkraftsetzung der niedrigeren Preise am 15. Dezember gerechnet werden kann.

Gegen die Durchführungsbestimmungen der Osthilfe-Notverordnung.

Protest des Reichsverbandes deutscher landwirtschaftlicher Genossenschaften. — Raiffeisen E. V.

Berlin, 4. Dez. Das Präsidium des Reichsverbandes deutscher landwirtschaftlicher Genossenschaften — Raiffeisen E. V. — hat, an die zuständigen Reichsbehörden folgendes Protesttelegramm gesandt: „Das in Essen versammelte Präsidium des Reichsverbandes deutscher landwirtschaftlicher Genossenschaften — Raiffeisen E. V. kommt nach eingehender Prüfung des Entwurfs der Durchführungsbestimmungen zu dem Ergebnis, daß diese Bestimmungen die begründeten Forderungen des Reichsverbandes in ganz unzulänglicher Weise berücksichtigen. Das Präsidium warnt vor dem Erlaß dieser Ausführungsbestimmungen, macht auf die verhängnisvollen Folgen aufmerksam und bittet um nochmalige Anhörung.“

Holländische Kontingentierungsmaßnahmen.

Amsterdam, 4. Dez. Die Zweite Kammer hat den Gesetzentwurf einstimmig angenommen, der der Regierung die Befugnis erteilt, gegebenenfalls für bestimmte Einfuhrwaren zeitlich begrenzte Kontingentierungsmaßnahmen zu treffen.

Stalin & Co.

Der Bolschewismus ist Kirche, Staat und Trakt zugleich. Die Sowjetwirtschaft ist die mächtigste Wirtschaftsorganisation der Welt. Sie verfügt über den gesamten Bodenschatz Russlands, über alle Rohstoffe, die gesamten Produktionsmittel und über eine Bevölkerung, die ein Sechstel der Erde ausmacht. Es handelt sich beim Bolschewismus um das größte soziologische Experiment aller Zeiten.

In seine entscheidende Phase ist der Bolschewismus durch Stalin getreten. War der Bolschewismus unter Lenin eine gefährdete Propaganda, so ist er unter Stalin eine fürchterliche Weltmacht geworden. Mit unglaublichem Idealismus und eiserner Konsequenz hat dieser Georgier das neue Russland aufgebaut. Welche Gefahren Europa von dem Bolschewismus Stalinscher Färbung drohen, untersucht der bekannte Paneuropäer Coudenhove-Kalergi in einer Broschüre: Stalin & Co. (Paneuropa-Verlag, Leipzig, Wien).

Stalin ist nicht der Robespierre, sondern der Bonaparte Russlands. Er ist der Organisator des neuen Ordnungstaates. Dabei hat er im Grunde den Kommunismus verraten und an seine Stelle den Kapitalismus gesetzt, wenn auch in der Form des Staatskapitalismus. Unter ihm ist die russische Wirtschaft, wenn auch zwangsweise, zu kapitalistischen Methoden zurückgekehrt: Zu Akkordlöhnen, zu Prämien, zur Entlohnung nach Leistung, zum Bruch mit dem Gleichheitsprinzip, zur Wiederherstellung der persönlichen Freiheit und Verantwortung an Stelle der kollektiven, zur Rentabilitätsberechnung. Ohne mit der kommunistischen Ideologie zu brechen, die ihnen Aufstieg, Macht und Gefolgschaft verheißt, haben Stalin und Genossen mit der kommunistischen Praxis gebrochen. Der heutige Bolschewismus ist seiner Idee nach revolutionär, seiner Praxis nach gegenrevolutionär.

Diese kommunistische Ideologie verwendet der bolschewistische Imperialismus zur Erreichung seiner Ziele. Genau wie einst der Zarismus den Panславismus. In Asien spielt er den Befreier der unterdrückten Völker gegen ihre Unterdrücker, in Europa appelliert er mit seiner Ideologie an die Intelligenz und die Arbeiterschaft. Mit der Großzügigkeit seiner Politik und Wirtschaft, durch sein soziales System, durch seine phantastische Zukunftsperspektive und die Integrität seiner Führer wirkt er um die Intelligenz. Arbeiter aber gewinnt er mit dem Hinweis, daß es keine Kapitalisten mehr gibt, sondern nur Arbeiter, die wirtschaftlich gleich sind und Herren des Staates, daß es im angefeindeten Sowjetstaat keine Arbeitslosigkeit gebe.

Die unmittelbare Gefahr für Europa sieht Coudenhove-Kalergi im Fünfjahresplan. Er wirkt sich in seinen Konsequenzen in einer dreifachen Richtung aus. Er bedroht Europa propagandistisch, wirtschaftlich und militärisch. Propagandistisch wird sich die Einwirkung des Bolschewismus steigern in dem Maße, wie der Fünfjahresplan gelingt. Ziffern imponieren immer. Der Fünfjahresplan soll den Beweis liefern, daß der Privateigentum nicht die einzig mögliche Form moderner Wirtschaft ist. Wirtschaftlich will der Fünfjahresplan die Sowjetunion zur Herrin des Weltmarktes machen. Sie allein auf der Welt ist in der Lage, die Lohnhöhe festzulegen und sie je nach den Forderungen der Handelspolitik auf ein Minimum herabzudrücken. Infolge der niedrigen Löhne wird die russische Konsumkraft mit der sich steigenden Produktion nicht Schritt halten können. Die Sowjetunion dürfte also gezwungen sein, einen großen Teil ihrer Produkte und Fabrikate um jeden Preis auszuführen, und damit nicht bloß verdienen, sondern durch Vermehrung der europäischen Wirtschaftskrise, Arbeitslosigkeit und Unzufriedenheit den Gedanken der Weltrevolution gewaltig steigern.

Zweifellos hat im ganzen in Russland in den letzten Jahren eine bedeutende quantitative Steigerung der Produktion stattgefunden. Jedoch sind die Wirtschaftler übereinstimmend der Überzeugung, daß die Qualität der Arbeit nicht gleichen Schritt mit der Produktion gehalten hat. Gar keinen Einblick hat man in die Höhe der Produktionskosten. Die technischen Investitionen sind vielfach mit einem Aufwande von unsinniger Höhe gemacht worden (vergleiche die Phantastiegebäude ausländischer Ingenieure und Qualitätsarbeiter) und sind vielfach nur Denkmäler der Opferfähigkeit des russischen Volkes. Richtig ist, daß keine Arbeitslosigkeit herrscht. Aber dies ist darauf zurückzuführen, daß durch die Kollektivierung der Landwirtschaft, die drei Viertel der Bevölkerung ernährt, die überflüssigen Arbeiter aufs Land zurückgezogen worden sind. Trotz allem liegt der Verzweiflungspunkt des russischen Volkes, wie es Knickerhoder in seinem Buche „Der rote Handel droht“ ausgedrückt hat, tiefer als in einem europäischen Lande. Es ist Russland bislang nur gelungen, den Reichtum abzu-

schaffen, nicht aber die Armut. Bei dem herrschenden Mangel an freier Konkurrenz ist die Möglichkeit von Investitionen und Kapitalfehlschlägen immer vorhanden. Der Fünfjahresplan sieht vielfach, vom wirtschaftlichen Standpunkte gesehen, mehr nach einer Planwirtschaft als nach einem Plan aus.

Coudenhove-Kalergi ist der Überzeugung, daß Rußland nach Gelingen des Fünfjahresplanes einem geeinten Europa militärisch gewachsen, einem uneinigigen gegenüber aber weit überlegen sei. Denn es sei in der Lage, seine Menschenmengen schneller und besser zu bewaffnen, als seine Gegner in Europa. Die militärische Überlegenheit Rußlands liege vor allem in seiner riesigen Größe, dann aber auch in der bedeutenden Hilfsarmee, die die kommunistischen Organisationen Europas bilden. Der Verfasser ist überzeugt, daß Rußland einen Krieg gegen Europa vorbereite, der ein Religionskrieg sei. Das Abendland ist durch den Bolschewismus kriegerisch in gefährlicher Weise bedroht, wie das Mittelalter vom Islam. Auch der Bolschewismus predigt gewalttätige Unterwerfung und Befehung der Ungläubigen.

Coudenhove-Kalergi sieht in seiner Charakterisierung des Bolschewismus eine neue Bestätigung der von ihm vertretenen Idee von Panuropa. Der Bolschewismus könne nur mit einer Idee bekämpft werden. Nachmittels oder ein Sich-Verschließen vor den Tatsachen helfen nicht. Die große Idee, die Europa dem Bolschewismus entgegenzusetzen habe, sei die Idee der Freiheit. Europas Kampf in der Weltgeschichte sei sein Kampf um die Freiheit gewesen. Der Verlust der Freiheit sei der Untergang Europas. Wo der Kommunismus Rußlands das Feldgeschrei von der Gleichheit erhebe, müsse Europa ihm die Losung entgegenlegen: „für oder gegen die Freiheit“. Das einzige Europa müsse dem Bund der europäischen Sowjetrepubliken den Bund der europäischen Staaten, dem wirtschaftlichen Sowjetruß den europäischen Zollverein und der roten Armee die europäische Bundesarmee entgegenstellen. In allen andern Fragen können die Staaten Europas an ihrer Selbstständigkeit festhalten. In der Außenpolitik, in der Handelspolitik und in der Verteidigungspolitik sei eine Gemeinsamkeit unerlässlich.

Man muß Coudenhove-Kalergi zugestehen, daß sein Vorschlag von einer bestehenden Einfachheit ist. Der Weg zu Panuropa ist jedoch weiter als der Weg bis zur Vollendung des russischen Fünfjahresplanes. Gerade die Idee, von der er sich Rettung verspricht, die Idee der Freiheit, ist gegenwärtig in Europa in ein Krisenstadium getreten. Welche Teile Europas schwärmen für Diktatur und Nacht. Und hierin liegt eine große Gefahr. Zwar verspricht der Faschismus eine größere Zusammenfassung der Staatsgewalt und eine größere Stabilität der Regierung, zwei Gesichtspunkte, die für ihn einnehmend. Aber die Massen, die auf Freiheit verzichten müssen und zugleich aber auch auf Gleichheit, können leicht den umgekehrten Weg einschlagen: sie können eine Staats- und Wirtschaftsform bevorzugen, die ihnen den Verlust von Freiheit mit dem Gewinn von Gleichheit wettmacht, die bolschewistische.

So sind Coudenhove-Kalergis Vorschläge schwächer als die europäischen Tatsachen. Und die Rettung? Rußland ist vom revolutionären Kommunismus zum gegenrevolutionären Staatskapitalismus Stalins gekommen, Kraft der immantenten Gesetze der Wirtschaft. Vielleicht brechen die weitere Entwicklung des Staatskapitalismus und abermals die Erfordernisse und Tatsachen der Wirtschaft dem Fünfjahresplan die gefährlichsten Stöße zähne aus.

Redeverbot für Dr. Göbbels.

Höring über die Verhandlungen mit dem Zentrum.

Berlin, 4. Dez. In einer öffentlichen Versammlung der Nationalsozialisten im Sportpalast, in der heute abend u. a. der Reichstagsabgeordnete Dr. Göbbels sprechen sollte, wurde zu Beginn vom Versammlungsleiter mitgeteilt, daß Dr. Göbbels das Reden politisch verboten worden sei. Für Dr. Göbbels sprach Reichstagsabgeordneter Göring, der eingangs seiner Ausführungen die revolutionäre Einstellung der Nationalsozialisten betonte und sie durch die Umgestaltung des weltanschaulichen Denkens zu verstehen sei. Sehr scharf sprach der Redner für die restlose Aufhebung des Versailler Vertrages und erklärte wörtlich:

„Wir Nationalsozialisten werden Frankreich einst ins Gesicht schleudern, daß wir müde geworden sind, einem Expreßer noch etwas zu geben. Den anderen in Europa müssen wir aber zurufen: Geht Deutschland unter, dann ziehen wir die anderen mit in die Tiefe.“

Der Redner, der sodann die augenblickliche Situation des Zentrums kritisierte, erklärte weiter, solange das Zentrum Seite an Seite mit dem Marxismus gehe, solange gebe es für die Nationalsozialisten kein Verhandeln. Es sei unrichtig, wenn behauptet werde, die Nationalsozialisten hätten mit dem Zentrum Einigungsverhandlungen geführt. Wenn von den zerrissenen bürgerlichen Parteien und Organisationen eine mitwirken wolle an der Erreichung des von den Nationalsozialisten gesteckten Zieles, dann sei sie eingeladen, sich hinten anzuschließen, denn in erster Front stünden die Nationalsozialisten. Entschieden wendete der Redner sich gegen den vielfach behaupteten Führerstreit in seiner Partei und erklärte zu ihrer Legitimität: „Wir Nationalsozialisten haben durch unsere Führer die Legitimität geschaffen, indem wir uns darüber jede weitere Diskussion erübrigt. Die Abschaffung der Demokratie werde der erste Akt der Legitimität des erwachenden deutschen Volkes sein.“

Das Unterhaus billigt die Schutzzölle.

Das Verhältnis zum deutschen Export.

Erklärungen des Handelsministers Runciman.

London, 4. Dez. Das Unterhaus stimmte heute mit 434 gegen 17 Stimmen den bisher erlassenen beiden Verfügungen des Handelsministeriums zu, die gewisse Waren auf Grund des Antidumpinggesetzes mit 50 v. H. Zoll belegen. Der parlamentarische Unterstaatssekretär des Handelsministeriums teilte mit, daß die Einfuhr der Waren, die unter die neuen Zollverordnungen fallen, fast vollständig aufgehört habe.

Der Handelsminister Runciman führte anschließend aus, daß England die jüngsten französischen Maßnahmen gegen englische Waren, durch die England sehr stark betroffen werde, nicht einfach übersehen könne. Er hoffe, daß England und Frankreich ihre unterschiedlichen Auffassungen in freundschaftlicher Weise regeln würden. Jedenfalls aber nehme die englische Regierung die französischen Sondermaßnahmen gegen England sehr ernst.

Sollte sich dieses System ausbreiten, so würden die englischen Interessen davon derart betroffen sein, daß England demgegenüber nicht gezwungen bliebe, tönne. Die Regierung sei erstaunt, daß England nicht als meistbegünstigte Nation behandelt werde.

Wie bisher seit zwei Generationen, und sie hätte die Aufmerksamkeit der französischen Regierung auf diesen Punkt gelenkt. Gleichzeitig hätten die englischen Kohlenhändler, die am härtesten von den französischen 15proz. Zuzugzöllen betroffen würden, Vorstellungen bei Frankreich erhoben.

Runciman legte Wert auf die Feststellung, daß die englischen Antidumpingzölle lediglich eine Maßnahme seien, die sich aus einem Notzustand infolge außergewöhnlich großer Einfuhr von Waren ergeben habe. Sie seien aber in keiner Weise etwa eine Wiedervergeltungsmaßnahme für die französischen Ausnahmemaßnahmen gegen den englischen Handel. England habe die Erfahrung gemacht, daß jeder Widerspruch, den es gegen die Erhöhung von Zöllen anderer Länder erhoben habe, stets mit der gleichen Antwort abgefertigt werde, die er heute sich zu der seinigen mache, nämlich: daß die eigene Lage in erster Linie die inneren Belange des eigenen Landes schützen müsse.

Runciman ging in seiner Rede auch auf das Verhältnis zum deutschen Export ein und erklärte: „Natürlich müssen die Verfügungen notwendigerweise einigen deutschen Exporteuren lästig fallen. Aber schließlich müssen wir zu allererst die finanzielle Stabilität und die industrielle Wohlfahrt unseres eigenen Landes berücksichtigen.“

Wie müssen uns natürlich zu gleicher Zeit die Tatsache vor Augen halten, daß Deutschland uns große Summen Geldes schuldet, die es nur in der Lieferung von Waren und Diensten zahlen kann; aber wir wollen die Lieferung von Waren und Diensten in einer Weise zustande gebracht sehen, die nicht die Stabilität unseres Pfundes Sterling oder unseres Handels gefährdet.

Welche Beschwerden könnte Deutschland gegen diese besonderen Verfügungen haben? Die betreffenden Waren spielen nur eine geringe Rolle im Handel zwischen Deutschland und uns. Es gibt zahlreiche deutsche Interessenten, die zu wissen wünschen, was unsere Politik sein wird. Ich kann diesen Deutschen nicht mehr sagen, als ich dem Hause sagen kann.

Zwischenfall im Landtag von Thüringen.

Die Auflösungsanträge abgelehnt.

Weimar, 4. Dez. In der heutigen Nachmittagsitzung des Landtages von Thüringen entstand eine teilweise sehr lebhaft ausgeprägte Diskussion über die Auflösungsanträge der Nationalsozialisten und Kommunisten. Der nationalsozialistische Fraktionsführer Sautel gebrachte die Wendung „Der anständige Teil der deutschen Bevölkerung steht heute zu der Bewegung Hitlers“. Darauf setzte großer Lärm bei den Regierungsparteien ein, deren Vertreter sich von den Plätzen erhoben und den Saal verlassen. Die Sitzung wurde unterbrochen und der Altkreisrat einberufen, um zu der Angelegenheit Stellung zu nehmen.

Nach Wiederaufnahme der Sitzung im Landtag von Thüringen teilte Präsident von Thümmel mit, daß der Altkreisrat beschlossen habe, den Abgeordneten Hennig (Nationalsozialist) wegen Beleidigung des sozialdemokratischen Abgeordneten Eickel, den er einen Lausjungen genannt hatte, für fünf Sitzungstage auszuschließen. Der sozialdemokratische Abgeordnete Kanne, der von Dummheit und Frechheit der Nationalsozialisten gesprochen hatte, wurde zur Ordnung gerufen. Der nationalsozialistische Abgeordnete Sautel, wurde für den Ausdruck, daß der anständige Teil des deutschen Volkes aller Schichten zu der Bewegung Adolf Hitlers stehe, wegen gößlicher Beschimpfung anderer Parteien für fünf Tage von den Sitzungen ausgeschlossen.

In der Abstimmung über den Auflösungsantrag der Kommunisten und Nationalsozialisten stimmten nur 10 Abgeordnete der Deutschnationalen, der Nationalsozialisten und der Kommunisten für die Auflösung des Landtages. Da die gesetzlich erforderliche Zahl der Stimmen im Thüringer Landtag 27 beträgt, ist damit der Auflösungsantrag der Ablehnung verfallen.

Unterzeichnung deutsch-luxemburgischer Abkommen.

Zur Vermeidung der Doppelbesteuerung.

Berlin, 4. Dez. Am 2. Dezember sind in Luxemburg von dem deutschen und belgischen als Vertreter des Deutschen Reiches und von Vertretern des Großherzogtums Luxemburg zwei Abkommen zur Ausgleichen der in- und ausländischen Besteuerung, insbesondere zur Vermeidung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiete der direkten Steuern und über Rechtshilfe und Rechtshilfe in Steuerfällen unterzeichnet worden. Die Abkommen bedürfen der Ratifikation. Sie werden im Reichstag vorgelegt werden.

Ich will klarstellen, daß die Verfügungen auf Grund dieses Gesetzes allein den Zweck haben, zu verhindern, daß die Industrien des Vereinigten Königreiches durch die abnorme Einfuhr beeinträchtigt werden.“

Um die Reorganisation der europäischen Wirtschaft.

Ein europäischer Fünfjahresplan.

Berlin, 5. Dez. (Eig. Drahtmeldung). Die französische Sektion des europäischen Zollvereins hat jetzt einen Vorschlag zur Reorganisation der europäischen Wirtschaft veröffentlicht, der von weittragender Bedeutung sein dürfte. Dieser Vorschlag ist bereits durch den Vorstand der französischen Sektion des Europäischen Zollvereins dem französischen Ministerpräsidenten unterbreitet und nunmehr auch in einem besonderen Schreiben dem Reichskanzler zur Kenntnis gebracht worden. Nach unseren Informationen wird die deutsch-französische Wirtschaftskommission den Vorschlag zum Gegenstand besonderer Beratungen machen und es steht zu erwarten, daß die Bemühungen um die Reorganisation der europäischen Wirtschaft auf diese Weise einen besonderen Auftrieb erhalten werden.

Der Vorschlag sieht die Schaffung eines europäischen Fünfjahresplanes vor, der die Zollsetzung und die Kontingentierungen progressiv verwirklichen will. Dabei wird der Plan in zwei Perioden eingeteilt. Während der ersten zwei Jahre sollen die Ergebnisse der Arbeiten eines „Office de Documentation et de Statistique“ und eines „Office de Compensation et d'Arbitrage“ verwertet werden. Das statistische Büro soll die Aufgabe haben, die bereits vom Völkerverbund begonnene Enquête betreffend den Charakter des intereuropäischen Austausches, in Bezug auf Konkurrenzwaren und Ergänzungsaustausch zu Ende führen, die Arbeiten des zweiten Büros sollen dem Zwecke dienen, die Auswirkungen eines progressiven Zollabbaus auf die durch Protektionismus künstlich erhaltenen Industrien zu mildern. Diese „Mildernungsaktion“ ist so gedacht, daß eine Art Versicherung für die betroffenen Industrien durch Besteuerung der anderen Industrie geschaffen wird. Dies ist übrigens ein Gedanke, der schon früher im Zusammenhang mit den aus der Abrüstung resultierenden internationalen Ersparnissen aufgetaucht ist. Der „europäische Fünfjahresplan“ propagiert die schiedsgerichtliche Schlichtung aller eventuellen Streitfälle. Die letzten drei Jahre des Fünfjahresplanes sollen nun der progressiven Senkung der Zollmauern dienen. Im Kommuniqué des Zollvereins heißt es da, daß die der Anarchie verfallenden europäischen Wirtschaften nach Ablauf der beiden ersten Jahre durch eine systematische Entwicklung der Kartelle und damit der Rationalisierung für den internationalen Zollaussgleich reif sein würden. Wenn die Empfehlungen der Internationalen Wirtschaftskonferenz von 1927 rechtzeitig beachtet worden wären, so wäre die katastrophale Entwicklung, vor der wir heute stehen, vermieden worden. Auch die Internationale Handelskammer in Paris hat ihr großes Interesse gegenüber diesem Vorschlag bekundet und beabsichtigt, die beiden Hauptpunkte des Planes zu studieren, und zwar erstens die Notwendigkeit, eine bestimmte, begrenzte Zeit festzusetzen, während der die letzten Genfer Resolutionen betreffend Schaffung eines europäischen Marktes verwirklicht werden sollen, und zweitens die Schaffung eines Kompensations- und Schiedsgerichtsamtes.

Kurze Umschau.

Wie Associated Press aus Mexiko (Stadt) meldet, hat das Außenamt die Ernennung des früheren Unterstaatssekretärs des Innenamtes, Mendoza Gonzales, zum Gesandten in Berlin bekanntgegeben.

Der Senat von Bremen hat auf Grund der Rotverordnung vom 28. März bis auf weiteres für das bevorstehende Staatsgebiet für alle deutschen Vereinfachungen das Tragen einheitlicher Kleidung und Abzeichen für die Zeit von 17 bis 7 Uhr verboten.

Die mit den ungarischen Putzisten in Budapest vorgenommenen Verhöre haben bewiesen, daß diese eine Militärdivisionsstruktur planten und zum Diktator einen pensionierten Feldmarschall auszuwählen hatten, der von der ganzen Sache ebenso wenig wußte, wie andere Personen, die für den Fall des Gelingen des Putzes in Würdenträgern bestimmt waren.

Der Aufstand in San Salvador ist englischen Meldungen zufolge beendet. Der bisherige Bischofpräsident Martinez hat die provisorische Präsidentschaft übernommen.

In Mukden wurden 600 Kommunisten verhaftet, bei denen für das japanische Heer bestimmte Flugblätter kommunistischen Inhalts gefunden wurden.

Ministerwechsel in Mecklenburg-Strelitz.

Die bisherigen Staatsräte bleiben.

Neu-Strelitz, 4. Dez. Der Mecklenburg-Strelitzer Landtag nahm in seiner heutigen Nachmittagsitzung das von den Deutschnationalen gegen den sozialdemokratischen Staatsminister Dr. v. Reibnitz eingebrachte Mißtrauensvotum mit 22 gegen 13 Stimmen der Sozialdemokraten an. Minister v. Reibnitz erklärte darauf sofort seinen Rücktritt und zog auch die Ernennung der Staatsräte zurück. Der Mecklenburg-Strelitzer Landtag beschloß die Ernennung (die der Strelitzer Verfassung entspricht), wurde vom Landtagspräsidenten darauf vollzogen. Minister Dr. v. Michael hat bereits heute nachmittag die Abgeordneten Schreihals (D. B.), Gundlach (Dem.) und Großhans (Handwerkerbund) zu Staatsräten und damit zu Mitgliedern der neuen Regierung ernannt. Diese drei Staatsräte gehörten auch der bisherigen Regierung v. Reibnitz an.

Aus dem Stadtparlament.

Die Vorläufigkeit bei den Verkehrsbetrieben. — Um die Liquidation der Erwerbsbeschränktenwerkstätten. — Der Aufsichtsrat für die städtische Miethäuser. A. G. — Die Wiesbadener Randfiedlungen. — Ein Protest gegen den Lehrerbau.

Eine umfangreiche Tagesordnung.

Die Stadtverordneten-Versammlung hat in ihrer wahrcheinlich letzten Sitzung in diesem Jahre die Tagesordnung unter langen Debatten erledigt! In der Periode der Sparverordnungen, die dem Magistrat als dem zuständigen Verwaltungsorgan weitgehende Befugnisse einräumen und die Stadtverordneten-Versammlung mehr oder weniger ausschalten, beschränkt sich die Tätigkeit der Stadtverordneten auf eine Stellungnahme zu bestimmten Vorlagen und eine umfassende Kontrolle!

Mit den Mitteilungen des Dezernenten für das Verkehrswesen über die Vorläufigkeit bei den städtischen Verkehrsbetrieben dürfte das unerquickliche Kapitel der Benzinsteuern nunmehr ein endgültiges Ende gefunden haben! Es erscheint bemerkenswert, daß die Tatsache eines Verlustes für die Stadtverwaltung nicht mehr bestritten wird! Aber das Kapitel „Erwerbsbeschränktenwerkstätten“ ist bereits eingehend berichtet worden. Durch die in der Stadtverordneten-Sitzung gepflogene Aussprache dürfte eine genügende Klärung der Angelegenheit erzielt worden sein. Wenn die Bürgerchaft und die Öffentlichkeit in der Frage der Gewerke einen Wunsch haben, dann ist es der, daß mit der endgültigen Liquidation ein Schlussstrich unter dieses wenig rühmliche Kapitel gezogen werde. Nachdem die Wahl des Aufsichtsrates für die Gesellschaft zur Verwaltung städtischer Miethäuser, G. m. b. H., durch die Stadtverordneten-Versammlung erfolgt ist, wird sich der neue Aufsichtsrat in seiner ersten Sitzung mit den Fragen der Geschäftsführung und der Wahl eines Geschäftsführers zu beschäftigen haben.

Die Stellungnahme zu den Anträgen der Staatspartei gab Veranlassung, in erster Linie sich über das Problem der Randfiedlung auszusprechen. Auch über diesen Fragenkomplex haben wir bereits eingehend laufend berichtet. Es bleibt zu hoffen, daß die Bemühungen der städtischen Körperschaften in der Frage der Randfiedlung von Erfolg begleitet sein und die notwendige Unterstützung bei den zuständigen Instanzen auch in der nächsten Zukunft finden werden. Lange Auseinandersetzungen und geschäftsmäßige Ausführungen der einzelnen Fraktionen veranlaßte der kommunistische Antrag, der eine besondere Erwerbslosenhilfe größeren Ausmaßes, für die keine Deckungsvorschläge gemacht wurden, forderte und mit dem Rest der Tagesordnung, die mit einem Protest gegen den Lehrerbau ausklang, die Sitzung bis 9 Uhr hinzog.

Sitzungsbericht.

Zu Beginn der gestrigen Stadtverordneten-Sitzung gab Beigeordneter Spieker eine Erklärung über

die Vorläufigkeit bei den städtischen Verkehrsbetrieben

ab, in der eingangs festgestellt wird, daß die Angeklagten Neubaus und Genossen mit je 8 Monaten Gefängnis bestraft worden sind. Was die Stadt angeht, so ist eine Schädigung für die Verkehrsbetriebe infolge eingetretener, als der entlassene Ingenieur Pfeil Quittungen über Brennstoff ausgestellt hat, der nicht geliefert worden ist. Nach dem Gutachten des Sachverständigen sind höchstens 8000 M. und nicht 28 000 M., wie die Angeklagten angegeben, veruntreut worden. Die falsche Behauptung der Angeklagten, die städtischen Verkehrsbetriebe hätten von den Vorgängen gewußt, sind widerlegt worden. Direktor Hasterath hat unter Eid befundet:

„Ich habe von der betrügerischen Handlung des Ingenieurs Pfeil keine Kenntnis gehabt. Ich habe ihm auch niemals einen Auftrag gegeben, mit der KVB, oder dem Angestellten Michel zu verhandeln. Es hat niemals ein schwarzer Fonds bestanden, und es besteht auch kein schwarzer Fonds. An die Verkehrsbetriebe und an mich sind niemals Gelder von der KVB, auch nicht durch Vermittlung des Ingenieurs Pfeil, zurückerhalten worden. Es sind auch niemals falsche Buchungen vorgenommen worden.“

Der Sachverständige hat die Bücher der Verkehrsbetriebe geprüft und befunden, daß bei der Kohlenverkaufsgesellschaft „materielle Vorgänge“ festgestellt. Der Sachverständige hat zwei Rechnungen über 18 000 Liter Brennstoff nicht ein-

gefordert, da der Erhalt der Brennstoffmengen aus den Unterlagen einwandfrei festzustellen war. Die Verwaltung legt jedoch Wert auf die Mitteilung, daß die Rechnungen bei den Unterlagen für das Jahr 1930 vorhanden sind. Die Behauptungen des Angeklagten Michel, der Zeuge Schneberger habe gesagt, Direktor Hasterath habe in Bonn schon ähnliche Sachen gemacht, hat der Zeuge bestritten. Er habe nur von einem Dritten mal gehört, „mit ihm (Hasterath) kann man vielleicht etwas machen“.

Hierzu konnte Direktor Hasterath in der Verhandlung leider nicht Stellung nehmen, da er bei den Aussagen der Angeklagten und der Zeugen nicht anwesend war und durch den Vorsitzenden und den Staatsanwalt darüber nicht befragt worden ist. Direktor Hasterath erklärt aber ausdrücklich, daß zu seiner Zeit in Bonn bei dem Einkauf der Brennstoffe u. a. keine Unregelmäßigkeiten vorgekommen sind, auch ein dahingehender Verdacht nicht bestanden hat.

Der Verkauf des Arbeitsamtes an die Arbeitslosenversicherung

ist ja bereits durch die Pressebesprechung in der vergangenen Woche bekannt. Die Verhandlungen schwebten schon seit Jahren und gestalteten sich besonders schwierig, weil die Arbeitslosenversicherung den angrenzenden sogenannten Lazarettgarten mit in den Kauf einbeziehen wollte. Das wurde von der Stadt abgelehnt und auch verhindert. Der Preis für das Gebäude beträgt bekanntlich 218 000 M. Drei Raten in Höhe von etwa 50 000 M. sind bereits gezahlt, der Rest von 187 750 M. wird in 12 Jahresraten von 13 900 M. getilgt. Eine Verzinsung findet nach den gesetzlichen Bestimmungen nicht statt. Verschiedene kleinere Grundstücksangelegenheiten wurden ohne Debatte erledigt.

Die Errichtung einer Obdachlosenunterkunft

in einem früheren Kasernengebäude an der Schierkeiner- und Waldfriedhofstraße eine lebhafteste Debatte aus. Nach den Ausführungen des Berichterstatters Stadtv. Nibel (Staatsp.) wurde das Gebäude von der Reichsversicherungsverwaltung gepachtet. Die Pacht besteht in einer geringen Anerkennungsgebühr. Der Ausbau von 24 Notwohnungen erfordert 12 500 M., die aus dem Etat des Wohlfahrtsamtes genommen werden. Es ist für jede Familie Heiz- und Kochgelegenheit gegeben und ein besonderer Raum für Unterbringung von Brennmaterial. Die hygienischen Erfordernisse sind in ausreichendem Maße erfüllt. Wie aus den Ausführungen des Stadtrats Holl hervorgeht, befinden sich diese Notwohnungen in einem besseren Zustand als manche Wohnungen, die die Ermittelter aufgeben müssen. Es schweben zurzeit 1158 Räumungsurteile. 46 Parteien sind in Baracken unterbracht, 105 in städtischen Neubauwohnungen, 163 in Privathäusern; im ganzen laufen 380 Zwangsmietverträge.

Von den Parteien lehnten allein die Kommunisten die Vorlage ab. Sie beantragten die Schaffung von normalen Wohnungen, ein Antrag, der keine Zustimmung fand. Die sozialdemokratischen Redner Arndt und Holzhausen sprachen sich gegen die kommunistische Auffassung aus, die in ihrer Wirkung praktisch darauf hinausläufe, daß für die Obdachlosen überhaupt nichts geschähe.

Zwischen den kommunistischen Sprechern und dem Stadtv. Schneider (Wirtschaftsp.) kam es im Verlauf der Diskussion verschiedentlich zu heftigen Kontroversen, bei denen besonders die Wohnverhältnisse in Rußland eine Rolle spielten. Die Vorlage wurde angenommen.

Friedhofsordnung und Gebührentarif.

Bekanntlich wurde in einer der letzten Stadtverordneten-Sitzungen Friedhofsordnung und Gebührentarif nach langwierigen Verhandlungen verabschiedet. Der Bezirksausschuß wünscht nun noch die Einsetzung eines Paragrafen, der bestimmt, daß die Gebühren, wenn verschiedene Angehörige vorhanden sind, nach dem höchsten Einkommensgrad berechnet werden. Im Zusammenhang hatte Fräulein Stadtv. Neuroth (Zentrum) beantragt, die Gebühren für Feuer- und Erdbestattung gleich zu stellen, damit kein Anreiz zur Feuerbestattung gegeben sei. Stadtrat Holl verwies darauf, daß die Gebühr nur zur Unkostenbedeckung erhoben werden dürfe und daß die Unkosten bei der Einäscherung geringer seien. Der Vorsitzende erklärte den Zentrumsantrag für gegenstandslos.

Luftigen Höhe in die Arme dessen, der gerade unten steht. Die „Heh“, „Man lebt ja nur einmal“, „Es wird a Wein sein und wir werd'n nimmer sein“ verfehlen nicht ihre ewige Wirkung.

Doch wer weiß, wie lange dieser Trübel noch dauern mag. Heute ist das Riesensah bereits undicht, in einem beinahe flüssigen Zustand, längst fließt kein Wein mehr aus seinem Innern, die Last der vielen „Fasskrutschen“ hat es vorzeitig alt werden lassen.

Nikolo und Krampus.

Wie der „Steffel“, wie der Prater, so gehört auch das Fest des Nikolo zu Wien. Schon im November taucht er auf: Vor allem in den „Tscholadgeschäften“, aus Zucker und Marzipan, den Krummstab in der Rechten, die goldene Bischofsstola auf dem imposanten Haupt, mit wallendem weißen Bart und glänzendem Mantel. Rings um ihn herum tollern kleine Teufelchen, die Krampusse. Sie haben veritabile Hörner, einen langen Schweif, am Rücken hängt die „Butte“, und in der Rechten drohen sie mit einem Beien. In die „Butte“ kommen die „schlimmen Kinder“, die „braven Kinder“ aber beschenkt der heilige Nikolo, Nikolo genannt.

Kein Wiener Kind, das nicht am 6. Dezember erregt und behebend keine Schuhe ins Fenster oder vor die Türe stellt. Und erwaht es nach traumhaftem Nachschlaf des Morgens, so findet es entweder „Zuckerln“ oder irgend einen anderen Herzenswunsch — dann war doch der Nikolo zu Besuch. Oder im Schuh nur ein paar Kohlenstücke oder Kartoffel — dann war eben der Krampus da, der zu den schlimmen Kindern kommt.

Es gibt Krampusbälle in den Kindertanzschulen und Krampusabende in den eleganten Hotels. Man sieht Krampusse mit Butte und Strauchfelsen über die Körnerstraße eilen — verschmäht lügt das Schwänzlein unter dem Winterrock hervor — sie eilen in irgend eine Gesellschaft, um dort Jaz und Spaß zu treiben. In allen Geschäftsläden dominieren die beiden „Heiligen“ Wiens. Der böse Krampus und der gütige Nikolo — Licht und Schattengeist — tauchen zu tausenden seit Maria Theresias Zeiten auf und werden noch die Kinder schrecken, wenn längst die Autos durch Veropplantaxis verdrängt sind.

Wie aber der Heilige zum Kinderfest kommt, darüber gibt es eine reizende Legende: In Patra lebte ein Edelmann, der drei wunderschöne Töchter hatte, aber sehr arm

da die Friedhofsordnung und der Gebührentarif endgültig verabschiedet und bereits in Kraft sind. Die Anregung des Bezirksausschusses wurde angenommen.

Das Kapitel Erwerbsbeschränktenwerkstätten

veranlaßte auch diesmal wieder lange und erregte Debatten. Es handelte sich um die Stellungnahme der Stadtverordneten-Versammlung zu einem Angebot auf Kauf der Maschinen- und Rohmaterialien der Bürstenabteilung. Der Tatbestand ist durch die Mitteilungen, die der Oberbürgermeister in der letzten Pressebesprechung gab und durch unseren Artikel vom Donnerstag unseren Lesern ausreichend bekannt.

Stadtv. Arndt (Soz.) lehnte die Vorlage ab. Er bezeichnete sie als einen Vorstoß gegen das Herz der Erwerbsbeschränktenwerkstätten. Es sei ein Irrtum, wenn man glaube, das Unternehmen in der beschriebenen Form weiterführen zu können.

Stadtv. Ballmann (Komm.) verlangte statt Abbau Aufbau der Betriebe und beantragte, die Maschinen nicht zu verkaufen.

Die vereinigten bürgerlichen Parteien beantragten weiteren Abbau der Werkstätten und Beauftragung des Rechnungsprüfungsausschusses, eine besondere Revision vorzunehmen, um die Höhe des wirklichen Verlustes festzustellen. Von allen bürgerlichen Sprechern wurde darauf hingewiesen, daß die Werkstätten ihren Aufgabenkreis weit überschritten und sich in einem Maß mechanisiert haben, der dem sozialen Grundgedanken widerspricht.

Stadtv. Daniel kritisierte besonders die Wirtschaftsführung des Geschäftsführers Großwein, der auch von dem nationalsozialistischen Stadtverordneten Altmann heftig angegriffen wurde. Stadtverordneter Arndt erwidert, daß Großwein vollkommen ehrenhaft gehandelt und nur den Vorteil der Stadt vor Augen gehabt habe.

Stadtv. Nech (Staatsp.) will das Ergebnis der Rechnungsprüfung abwarten. Er hielt es auch nicht für fair, Angriffe gegen eine Persönlichkeit zu richten, die infolge ihrer Abwesenheit sich nicht verteidigen könne. Er widersprach einer gänzlichen Auflösung schon aus wirtschaftlichen Erwägungen heraus, weil eine Entwertung des Materials bezw. seine Verschleuderung die Folge wäre. Sollten sich die noch arbeitenden Werkstätten wirtschaftlich nicht halten lassen, so müßten sie natürlich aufgegeben werden.

Bürgermeister Schulte stellte gegenüber den sozialdemokratischen Ausführungen fest, daß die Abteilung, deren Maschinen verkauft werden sollen, bereits still liegt und daß deshalb von einem Vorstoß gegen das Herz der Ebene nicht gesprochen werden könne. Die Bürstenabteilung sei nicht das Herz, sondern die Fehlerquelle der Ebene gewesen. Der automatische Maschinenbetrieb habe dem Sinn der Werkstätte völlig widersprochen, da er sich zu einer regelrechten Fabrik auszuwuchs und da der Arbeitsanteil zu den Materialkosten im Verhältnis eins zu sieben stand. Der Unterschied zwischen Einkauf und Inventurpreis liege nicht sehr erheblich. Was die Vollmachten des Herrn Großwein angehe, so müßte er feststellen, daß dieser sie nicht vom Magistrat erhalten, sondern überschritten habe. Der Bürgermeister bat, den Antrag auf weiteren Abbau der Werkstätten abzulehnen. Einmal, weil dadurch 60 Personen, die jetzt in Arbeit sind, h o l o s würden, zum andern, weil eine Auswertung der vorhandenen Materialien und wirtschaftlichen Möglichkeiten erschwert würden. Beide Betriebszweige seien, das gab der Bürgermeister zu, in ihrem Bestande bedroht. Die Vederbürgenabteilung, die bisher fast ausschließlich in England lieferte, wird durch die neuen englischen Fässer und die Pfundentwertung hart betroffen. Es soll jedoch die Möglichkeit bestehen, die Produktion zu verkaufen. Bei dem niedrigen Stand der Weinpreise sind teure Korben nicht mehr abzugeben. Die billigen Korben werden direkt aus den Rohstoff- Ursprungsändern geschnitten geliefert. Aus diesem Grunde hat auch die Kortschneider in der Ebene mit großen Schwierigkeiten zu kämpfen. Trotzdem hat der Bürgermeister, nicht über die Vorlage hinauszugehen im Interesse einer ruhigen Abwicklung der Betriebe. Was die Rechnungsprüfung angehe, so habe der Magistrat nichts dagegen einzuwenden. Mit der Schuldfrage beschäftige sich der Staatsanwalt und der Regierungspräsident.

Der Antrag der bürgerlichen Fraktionen auf Nachprüfung der bei den Erwerbsbeschränktenwerkstätten entstandenen Verluste wurde mit einem Zusatzantrag Arndt, der verlangt, daß auch die Summe ermittelt wird, um welche der Wohlfahrtsrat durch die Ebene entlastet worden ist, einstimmig angenommen und der Antrag auf vollständigen Abbau gegen die Antragsteller abgelehnt. Ebenso der

Wiener Bilderbogen.

Von Heinrich B. Kranz.
Fasskrutschen.

Kraft ist der Brauch. Zu „Leopold“, am Namenstag des Landespatrons von Niederösterreich pilgern die Wiener mit Weid und Rind zum Fasskrutschen nach Klosterneuburg. Klosterneuburg ist ein freundliches kleines Städtchen. Für den Wiener gehört es seit jeher zum Begriff Wien, wie etwa Potsdam zum Begriff Berlin. Das Geheimnis von Klosterneuburg liegt in seinem Stiff, seinem Weinkeller und einem Riesensah.

Das Stiff ist gerade 825 Jahre alt, hat eine reiche Schatzkammer, eine Bibliothek von 100 000 Bänden, prächtige Gemälde — aber davon soll hier nicht die Rede sein. Denn das Stiff kennt keiner der Wiener, die allabendlich den goldenen, süßen Wein von Klosterneuburg trinken. Diesen Wein aber lieben und loben sie allezeit. Das Riesensah endlich ist nur am Leopolditag zugänglich, am 16. November, aber dann gibt es eine „Heh“, nämlich das berühmte „Fasskrutschen“.

Zweihundert Jahre ist das große Fah, das in einem besondern niederen Gebäude untergebracht ist, es faßt 4000 Liter, oder besser — es faßt es einst. Den Brauch des Fasskrutchens aber leitet man von folgender köstlichen Geschichte her:

Einmal soll ein zu sehr verliebter Wirt des Kellers von einer Frau gezwungen worden sein, zum Zeichen seiner Hingabe auf das Riesensah zu klettern und wieder herabzuklettern. In dunkler Nacht, bei Laternenchein, trotz der kalten Gatte auf das Fah — und da wurde es im Keller plötzlich laut. Kerzenlichter flammten auf, zwischen den alten Wänden wurde es lebendig, eine Schar Männer und Weiber, aus der boshaften Wirtin als Zeugen ihres Triumphes herbeigekallt, begann ein schallendes Gelächter aufzuschlagen, das ein hundertfaches Echo weckte.

Seither strömen die Wiener, die von den alten Gebäuden nie lassen können, am „Leopolditag“ herbei, rutschen hinab und quieschend das riesenhafte Fah herunter und der Jubel der Weinseligkeit will kein Ende nehmen. Behäbige Bürger, würdige Matronen, auch pelzvermummte Damen und vornehme Fremde laufen immer wieder von der

war. Da verfiel er auf den Gedanken, seine Töchter an reiche Heiden zu verlaufen. Daron erfuhr nun Bischof Nikolaus, schlich des Nachts zum Fenster, hinter dem die Jungfrauen schliefen und legte einen mit Gold gefüllten Beutel hin. Diese Gabe wiederholte er an drei aufeinanderfolgenden Nächten. Auch heute kommt der Nikolo heimlich, aber er bringt keine Goldbeutel mehr. Die Zeiten haben sich eben geändert.

Aus Kunst und Leben.

* **Rechenkunst und Farbensinn.** Aus Berlin schreibt man uns: Die eingehenden wissenschaftlichen Untersuchungen, denen sich der in seinen Leistungen unerreichte Rechenmeister Dr. Finkelste in soeben im Psychotechnischen Institut zu Berlin unterzogen hat, zeigten eine unvermutet starke Reaktionsfähigkeit auf Farbenwirkungen, wie auch ein ausgeprägtes Talent, kleinste Farbenunterschiede schnell und scharf zu erkennen. Dadurch ist erneut der eigenartige Zusammenhang von reichem Können auf mathematischen und arithmetischen Gebieten auf der einen und von ausgesprochenem Farbensinn auf der anderen Seite erwiesen. Denn an fast allen Rechengenies hat man eine ungewöhnliche Beeinflussung durch Farben festgestellt können. Der Rechenkünstler Steiner beispielsweise gab in einer vollkommen rot gemalten Umgebung seine Resultate mit fast 50 Prozent verringerter Zwischenpause bekannt, der amerikanische Rechenmeister Tebburn dagegen unter Einfluß der grünen Farbenwirkungen. Maximilian Pronto, ein sudamerikaner mit sabelhafter Fahlentechnik, erkannte auf einen einzigen Blick auf einem Bild 17 verschiedene Farben, die er in ihren Beziehungen zueinander innerhalb 1,8 Minuten genau mit geschlossenen Augen aufzählte. Es liegt also auf der Hand, daß die Fähigkeit des Geistes, Zahlen nach allen Methoden zu meistern, immer in irgendwelchen Beziehungen zu der Begabung steht, Farben zu analysieren und zwar unbewußt und unterbewußtseinsmäßig aber doch derart, daß Farbeneinwirkungen auch die rechnerischen Talente steigern oder schwächen. Unter diesen Umständen dürfte das Farbe als Helferin beim Unterricht in mathematischen und arithmetischen Fächern noch eine wichtige Aufgabe aus psychotechnischen Erwägungen heraus zugewiesen haben.

Dr. F. S.

kommunistische Antrag, der sich gegen den Verkauf der Maschinen aussprach. Die Vorlage selbst wurde gegen die Stimmen der Linken angenommen.

Wahl der Aufsichtsratsmitglieder für die Miet- häuser-G. m. b. H.

Bei diesem Punkt war die Frage strittig, ob Mieter städteigenen Wohnungen in den Aufsichtsrat gewählt werden dürfen. Die Sozialdemokraten, die zwei Mieter auf ihrer Liste präsentierte, bejahten die Frage, während Stadtverordneter Schlüter (Zentrum) ebenso wie der Wirtschaftsparteier Schneider forderten, daß Mieter nicht in den Aufsichtsrat aufgenommen werden. Sie begründeten ihre Forderung, die auch im Wahlausschuß Annahme fand, mit dem, wie sich Stadtverordneter Schlüter ausdrückte, grotesken Zustand, daß gegebenenfalls die Mieter über ihre eigenen Beschlüsse als unangebracht, daß ein Drittel des Aufsichtsrats aus Mietern bestehe. Die sozialdemokratischen Redner hielten dem entgegen, daß die Aufsichtsratsmitglieder in den städtischen Werken doch auch Abnehmer von Produkten der städtischen Werke seien. Außerdem seien städtische Beamte Stadtverordnete und u. a. sogar Mitglied der Personaldeputation. Der Antrag des Wahlausschusses, wonach Mieter städteigenen Wohnungen nicht in den Aufsichtsrat gewählt werden dürfen, wurde mit einem sozialdemokratischen Zusatzantrag angenommen, der die Vergütung von Arbeitern in den städtischen Mietshäusern an Aufsichtsratsmitglieder verbietet. Im übrigen wollten die Sozialdemokraten entgegen dem Bescheidweg gegen diesen Antrag beschreiten.

Von Seiten der Stadtverordneten-Versammlung werden in den Aufsichtsrat entsandt die Stadtverordneten Hollenders (Natpol.), Holzhauser (SPD.), Boll (SPD.), Schneider (Wirtschaftsp.), Salze (Wirtschaftsp.) und Stöck (Komm.). Der Magistrat ist vertreten durch den Oberbürgermeister, die technischen Beiräte und die Stadträte Ludwig, Dohs und Schwanf.

Ergänzung der Geschäftsordnung der Stadtverordneten- Versammlung.

Nach den bisherigen Bestimmungen war nur der Vorstand der Stadtverordneten-Versammlung, wenn er über ein Abstimmungsergebnis im unklaren war, in der Lage, eine Gegenprobe zu veranlassen. Die Versammlung konnte das von sich aus nicht tun. Der Ausschluß schlug deshalb, wie Stadtverordneter Schlüter (Zentrum) berichtete, vor, einen Paragraphen einzufügen, der es der Stadtverordneten-Versammlung ermöglicht, eine Gegenprobe bei Unklarheit über das Abstimmungsergebnis zu verlangen. Um, wie sich Stadtr. Schlüter ausdrückte, Schlüssen zu verhindern, muß ein solcher Antrag von 10 Stadtverordneten unterstützt werden. Die Kommunisten sprachen sich gegen die Vorlage aus und kündigten das Abstimmen ab. Der Beschluß wurde angenommen.

Die Mittel für die Pensionierung von Beamten wurden bewilligt und die Beisitzer für das Miet-einigungsamt für das Jahr 1932 bestimmt.

Die Deckungsfrage bei Ausgabeanträgen.

Eine längere Aussprache veranlaßte die vom Altkreisrat vorgeschlagene Aufhebung des von der Stadtverordneten-Versammlung vom 22. Mai d. Jahres gefassten Beschlusses, wonach ein Antrag, der eine Finanzvorlage darstellt und eine Ausgabeerhöhung oder eine Einnahmensenkung zur Folge hat, nur dann zur Besprechung kommen kann, wenn er mit einem Ausgabeantrag zur Deckung verbunden ist. Nach diesem Beschluß gilt als Deckung eine anderweitige Schätzung von Einnahmen und Ausgaben nur dann, wenn der Stadtverordneten-Vorstand sie als begründet anerkannt hat. In Zweifelsfällen, ob eine Finanzvorlage im Sinne des Beschlusses vorliegt, entscheidet der Stadtverordneten-Vorstand endgültig. Der Altkreisrat hatte die Aufhebung des Beschlusses beantragt. Stadtr. Schlüter (Zentrum) bezeichnete die Aufhebung des Beschlusses als eine Unmöglichkeit. Die Aufrechterhaltung des Beschlusses sei erforderlich, um Hemmungslosigkeiten von vornherein unmöglich zu machen. Stadtr. Ballmann (Komm.) spricht sich für die Aufhebung des Beschlusses aus. Stadtr. Schlüter stellt zu dem Antrag auf Aufhebung des Beschlusses den Antrag, von der Aufhebung abzulehnen und ihn in die Geschäftsordnung aufzunehmen. Der Antrag Schlüter, der als Dringlichkeitsantrag eingebracht worden war, wurde mit 21 gegen 23 Stimmen abgelehnt. Der Antrag auf Aufhebung des Beschlusses wurde ebenfalls abgelehnt, so daß er weiterhin Gültigkeit behält.

Die Krankenversicherung der erwerbslosen Jugendlichen.

Die Fraktion der Deutschen Staatspartei hat an den Magistrat die Frage gerichtet, in welcher Höhe das Wohlfahrtsamt durch die Krankenversicherung Jugendlicher erwerbsloser im Sinne des Schreibens vom 10. November 1931 des Gewerkschaftsverbandes deutscher Arbeiter, Angestellten und Beamtenverbände, Ortsgruppe Wiesbaden, finanziell vor- und zurückbelastet werde. Wie aus den Ausführungen des Stadtr. Dr. Schellenberg hervorgeht, handelt es sich darum, einen wie hohen Betrag die Stadt ausgeben mußte, um alle erwerbslosen Jugendlichen unter 21 Jahren, die keine Unterstützung beziehen und im Haushalt der Eltern leben, in der Krankenkasse zu versichern. Oberbürgermeister Krüde teilte dazu mit, daß sich in Wiesbaden etwa 3000 jugendliche Erwerbslose unter 21 Jahren befinden, deren Versicherung gegen Krankheit auf Kosten der Stadt eine Summe von 84000 M. erfordern würde. Stadtr. Ballmann (Komm.) machte den Vorschlag, die Anfrage durch den Antrag zu ersetzen, daß alle erwerbslosen Jugendlichen unter 21 Jahren, die keine Erwerbslosenunterstützung erhalten, auf Kosten des Wohlfahrtsamtes krankenversichert werden und daß auch sonstige Erwerbslose, auch wenn sie über 21 Jahre alt, aber ebenfalls ohne Unterstützung sind, auf Kosten der Stadt gegen Krankheit versichert werden. Stadtr. Dr. Schellenberg (Staatsp.) stellte in Zweifel, daß in der Stadt tatsächlich 3000 jugendliche vorhanden sein könnten, die ohne Arbeitslosenunterstützung sind. Bei der Anfrage habe man im Grunde die Interessen der Stadt, als auch die der Kranken im Auge gehabt. Stadtr. Schneider (Wirtschaftsp.) schlägt die Vertagung des Antrages vor. Stadtverordneter-Vorsteher Dangel weist darauf hin, daß es sich bei dem Antrag der Staatspartei lediglich um eine Anfrage gehandelt habe und die Auskunft darauf durch den Oberbürgermeister in der gewünschten Weise erfolgt sei.

Die Frage der Randfiedelungen.

Ein weiterer Antrag der Deutschen Staatspartei, worin vom Magistrat eine Vorlage über die Errichtung von Randfiedelungen gefordert wurde, begründete ebenfalls Stadtr. Dr. Schellenberg. Beigeordneter Spieler teilte mit, daß der Magistrat in dieser Angelegenheit bereits Schritte unternommen habe. Eine entsprechende Vorlage werde den städtischen Körperschaften in Kürze zugehen. In Aussicht ge-

nommen habe der Magistrat die Errichtung von zunächst 40 Kleinriedelungen am Ostrand des Dohmer Exerzierplatzes. Die in dem Antrage geforderte Mitarbeit von erwerbslosen Wiesbadener Architekten und Technikern in erheblichem Umfang könne bei der Beschränkung der insgesamt an je Stiedelung zur Verfügung stehenden Geldmittel kaum in Betracht kommen; das örtliche Baugewerbe und Handwerk solle aber zur Ausführung herangezogen werden, soweit hierfür ein Bedarf vorliegt und die Beschränkung der auf die einzelne Stiedelung entfallenden geringen Geldmittel dies zulasse.

Stadtr. Wittmann (Wirtschaftsp.) bezeichnete es als nicht richtig, wenn gesagt werde, daß von den Gärtnern Opposition getrieben würde. Es handle sich lediglich um eine Warnung. Man gebe den Leuten Versprechungen, die später nicht eingehalten werden könnten. Wiesbaden leide an einer Überproduktion von gärtnerischen Erzeugnissen. Man hätte den Boden lieber den landwirtschaftlichen Bauern in Dohheim geben sollen, die ihn sehr gut gebrauchen könnten. Die für die Errichtung einer Stiedelung in Aussicht gestellten 3000 Mark wären bei weitem nicht ausreichend. Stadtr. Bach (Komm.) bemerkte u. a., daß die Stiedelung mit dem ihnen zur Verfügung stehenden kleinen Stück Land und den geringen Mitteln ihres Lebens nicht froh werden könnten. Stadtr. Gasser (Ztr.) bezeichnete die Ausführungen des wirtschaftsparteilichen Stadtr. Wittmann als nicht ganz zutreffend. Es handle sich nicht darum, der Landwirtschaft oder Gärtnerei Konkurrenz zu machen, sondern bei den Randfiedelungen handle es sich um den Versuch, mit Hilfe der Hauszinssteuer Rentenempfängern, Kriegrentnern usw., die von ihrer Rente nicht leben könnten, durch den Anbau landwirtschaftlicher Produkte zu ihrer knappen Rente etwas hinzuverdienen.

Stadtr. Kähler (Staatsp.) begründete den Antrag, indem dem Magistrat empfohlen wird, bei Grundbesitzern, die freigelegte Stiedelung zur städtischen Grundbesitzung von einer rückwirkenden Veranlagung absehen zu wollen. Beigeordneter Spieler sagte die wohlwollende Prüfung des Antrages zu. Stadtr. Schneider (Wirtschaftsp.) stimmte dem Antrag an sich zu, sprach sich jedoch dagegen aus, daß eine generelle Befreiung von der Grundsteuer Platz greifen solle. Zweifelloso seien unter den Eigentümern von Neubauten Leute, die durchaus in der Lage sind, die Grundsteuer zu entrichten. Von einer rückwirkenden Veranlagung sollte aber auf jeden Fall abgesehen werden. Stadtr. Ballmann (Komm.) reichte einen Zusatzantrag ein, in dem gefordert wird, daß auch in Zukunft keine Grundsteuer von den Stiedelern erhoben werden soll.

Der kommunistische Zusatzantrag wurde abgelehnt. Im übrigen wurde der staatsparteiliche Antrag in seiner ursprünglichen Fassung, nach dem noch verschiedene Einstellungen beabsichtigt waren, angenommen.

Wie der Stadtverordneten-Vorsteher vor Eintritt in die Tagesordnung mitgeteilt hatte, war ein von der kommunistischen Fraktion eingebrachter Antrag nicht auf die Tagesordnung gesetzt worden, weil keine Deckungsmöglichkeit vorhanden sei. In dem eingereichten Antrag war eine Weihnachtshilfe für die Unterhaltungs- und Empfänger gefordert worden, die nach oberflächlichen Schätzungen von Magistratsseite etwa 5 Millionen Mark erfordern würde. Die kommunistische Fraktion hatte daraufhin den Antrag als Dringlichkeitsantrag eingebracht. Die Abstimmung darüber, ob der Antrag auf die Tagesordnung gesetzt werden sollte, war zunächst zurückgestellt worden bis zur Erledigung des Ausgabenantrages, der die Deckungsfrage generell behandelt. Nach dem Ergebnis der Abstimmung hierüber konnte der kommunistische Antrag nicht auf die Tagesordnung gesetzt werden. Auf Befragen teilte der Magistrat zu dem ausgetretenen Gerücht, daß die von den Wiesbadener Bürgern der Winterhilfe geschenkten Kleidungs- und Wäschegegenstände den Hilfsbedürftigen teilweise nur gegen entsprechende Bezahlung bzw. gegen Abzug von der wöchentlichen Unterstützung verabfolgt würden, mit, daß dies unrichtig sei. Die Ausgabe von Kleidern und Wäschegegenständen aus den Beständen der Winterhilfe erfolgt ohne Bezahlung.

Zu dem Antrag der sozialdemokratischen Stadtverordneten-Fraktion, aus dem Dispositionsfonds der Stadtverordneten-Versammlung dem Kulturfonds für moderne Arbeiterbewegung zunächst 1000 Mark für besondere Veranlagungen zu überweisen, betonte Stadtr. Broglie, daß es nur recht und billig sei, den geforderten Betrag zu bewilligen. Stadtr. Altkreisrat (Nationalpol.) stellte daraufhin den Antrag, der nationalsozialistischen Versuchsbühne und dem Kampfbund für deutsche Kultur je 1000 Mark aus dem Dispositionsfonds zur Verfügung zu stellen. Stadtr. Fack (Komm.) stellte den Antrag, 1000 Mark für Interessengemeinschaft für Arbeiterkultur zur Verfügung zu stellen. Nach längerer, zum Teil erregter Debatte wurde von Stadtr. Kähler (Staatsp.) der Antrag auf Überweisung der Frage an den Schul- und Kulturausschuß beantragt. Diesem Antrag wurde zugestimmt. Bürgermeister Schulte machte gegen die Zuteilung der Mittel Bedenken geltend. Mit den Bestimmungen der Notverordnungen wäre die Bewilligung der beantragten Summen wohl kaum vereinbar.

Der von der kommunistischen Partei eingebrachte Dringlichkeitsantrag, daß die Stadtverordneten-Versammlung gegen die Kündigung von städtischen Personal durch den Magistrat protestiert, sofortige Jurisdiktion derselben und eine Kürzung der Arbeitszeit auf 7 Stunden täglich und 40 Stunden wöchentlich bei vollem Lohnausgleich fordert, wurde abgelehnt.

Gegen den Abbau der Volksschule.

Der Ausschuß für Schul- und Kulturfragen hatte der Stadtverordneten-Versammlung als Dringlichkeitsantrag vorgeschlagen, gegen die geplanten Abbaumaßnahmen Protest zu erheben. Der Ausschuß empfahl der Stadtverordneten-Versammlung die Annahme der folgenden Resolution:

In Ausübung der preussischen Notverordnung vom 12. September d. J. sollen an den Wiesbadener Volksschulen 45 etatsmäßig angestellte Lehrkräfte, d. h. mehr als 14 Prozent, abgebaut und auf bis jetzt noch unbekannte Stellen in der Regierungsbezirk Wiesbaden, Kassel, Koblenz und Trier zwangsversetzt werden.

Diese Maßnahmen erschüttern den Rechtsboden und greifen empfindlich in die Selbstverwaltung der Städte ein.

Die in Aussicht genommene Zahl von 45 Lehrkräften ist durch eine Berechnungsweise gefunden, die von ganz äußerlichen Gesichtspunkten ausgeht und die Eigenart der Schulverhältnisse Groß-Wiesbadens in keiner Weise berücksichtigt. Die vorgeschlagenen Abbaumaßnahmen können daher weder organisatorisch noch zweckmäßig genannt werden und sind auch nach ihrer finanziellen Auswirkung durchaus in Zweifel zu ziehen.

Der geplante Abbau zwingt zu einer beträchtlichen Erhöhung der Klassenbesetzungsziffern oder

zur Bildung sog. „Durchziehklassen“. In jedem Falle wird das Bildungsniveau unserer Volksschüler wesentlich herabgedrückt und der Disziplinlosigkeit Vorhub gelassen, was um so bedenklicher erscheint, als heute die Selbsthaltung im Berufsleben einen geistigen Willen und ein Höchstmaß von Kenntnissen voraussetzt und die chaotischen Zustände in unserem politischen und Wirtschaftsleben ausfüllen und zersetzend in Familie und Schule hineinwirken.

Die Volksschule Wiesbadens wird durch diese Sparmaßnahmen um so härter getroffen, als sie schon durch die langjährige Besatzungszeit in ihrer Entwicklung aufgehalten wurde. Oberbürgermeister und Schulbezirk waren ausgenutzt. Versammlungen von Eltern und Lehrern standen unter Verbot, und in 4 Schulgebäuden lagen Besatzungstruppen, so daß oft zwei Systeme in einem Schulhause unterzubringen waren, was die unterrichtliche und erzieherische Arbeit ungemein erschwerte.

Im Bewußtsein ihrer Verantwortung gegenüber der Bürgerschaft und der werdenden Generation stellt sich die Stadtverordnetenversammlung schützend vor die Volksschule. Sie protestiert gegen den geplanten Lehrkräfteabbau und lehnt jede Verantwortung an dieser unheilvollen Sparmaßnahme ab.

Die kommunistische Stadtverordneten-Fraktion stellte zu dem geplanten Lehrkräfteabbau der Volksschule ebenfalls einen Dringlichkeitsantrag, in dem u. a. die Abschaffung der Prügelstrafe, die Herabsetzung der Klassenstärke auf 25 bzw. 30, Trennung von Kirche und Schule usw. gefordert wird. Dem vom Ausschuß für Schul- und Kulturfragen gefassten Protestresolution schloß er sich im übrigen an. Der kommunistische Dringlichkeitsantrag wurde abgelehnt. Die vom Ausschuß für Schul- und Kulturfragen gefasste Protestentscheidung wurde von der Stadtverordneten-Versammlung angenommen. — Schluß der Sitzung 9 Uhr.

Wiesbadener Nachrichten.

Mild, feucht, trübe.

Das Wetter der nächsten Woche.

Die erste meteorologische Winterwoche hat auch den ersten größeren Kälteeinbruch nach Mitteleuropa gebracht. Nachdem in der letzten Novemberwoche Ostpreußen und Schlesien schon Frostwetter gehabt hatten, tropfte aus dem russischen Hochdruckgebiet in der Nacht zum letzten Sonntag die Kälte weiter nach Westen aus, so daß am Wochenende im östlichen der Elbe überall häufiger Frost herrschte. Nur im Rheinland war es auch Montag noch recht mild; Essen erreichte 8, Aachen 10 Grad Wärme, und auch am Oberrhein, sowie in weiten Teilen Süddeutschlands wurde der Gefrierpunkt noch überschritten. Das Gleiche war am Dienstag der Fall, nachdem aus der Höhe maritime Warmluft in den Kontinent eingedrungen war.

Überhaupt war das Mitteleuropa bedeckende Kaltluft nur sehr dünn. Während zum Beispiel zu Beginn der Woche im mittleren Norddeutsches am Boden 8 bis 10 Grad Kälte herrschten, überschritt das Quecksilber schon in 200 Meter Höhe bei sehr trockener Luft um 3 bis 4 Grad den Gefrierpunkt, so daß eine ungemessen starke Temperaturmehrung nach der Höhe bestand. Daher war es für die oberhalb fließende Warmluft leicht, sich bis zum Erdboden durchzuheizen. Schon Mittwoch wurde ganz Norddeutschland wärmer. Die Nacht wurde froster; die Richtung der warmen Höhenluft mit der kalten Bodenschicht führte in weiten Landesteilen zu starkem Nebel, und die niederschlagende Luft feuchte tief zunächst Glatteis hervor. Auch in Ost- und Süddeutschland, wo Mittwoch auch die Höchsttemperaturen noch unter Null blieben, trat allgemeine Milderung ein. Am Donnerstag breitete sich das Tauwetter bei sinkendem Luftdruck weiter nach Süden und Osten aus. Das russische Kältehoch, in dessen Bereich das Quecksilber bis auf 32 Grad unter Null gesunken war, nachdem in weiten Teilen Nord- und Osteuropas Schnee gefallen war, kam also nicht zu voller Auswirkung bei uns; in seinem nach der Nacht zu zurückgewichenen Kern übersteigt der Luftdruck zwar noch 750 Millimeter, es wird aber aller Wahrscheinlichkeit nach für die Witterung bei uns erlöst sein und ostwärts abwandern.

Für West-, Mittel- und Nordeuropa wird nunmehr eine tiefe atlantische Sturmszelle aus Schottland nach dem Atlantik mit einem Druck von 725 Millimeter Donnerstag früh westlich der Hebriden lag. Die Britischen Inseln und das Kanalgebiet erlebten Donnerstag die subtilen Warmluft der Bodenschicht dieser Sturmszelle; hier herrschten bei stürmischem Regenwetter schon 10 bis 12 Grad Wärme, und auch ganz Skandinavien war bereits froster. Die Warmluft wird mit stark aufsteigenden, im westlichen Küstengebiet und in einem Teil des nordwestlichen Binnenlands stürmischen Südwestwinden Mittel- und Nordeuropa und uns zunächst trübes, mildes Regenwetter bringen. In den Subtropen werden stärkere Schneefälle eintreten. Die Bahn der Hauptsturmszelle folgt dem Golfstrom längs der nordwestlichen Küste in der Richtung nach dem Eismeer; ob der Zelle vom mittleren Atlantik weitere Wirbel folgen werden, das bleibt noch abzuwarten, doch spricht die Wahrscheinlichkeit dafür, daß nach dem Abfluß der Warmluft ein nachhaltiger Kälteeinbruch von der Küste der Depressions voraussetzungen nicht erlöset wird, die Witterung der Depressions aus weiterhin mild, trübe und regnerisch bleiben dürfte.

Aus dem Aufsichtsrat der Wasser-, Elektrizitäts- und Gaswerke Wiesbaden-M.G.

Ein Sondervertrag mit Dauerangestellten.

Die Städtische Pressestelle teilt mit: Bei der Gründung der Wasser-, Elektrizitäts- und Gaswerke Wiesbaden, Aktiengesellschaft, war den von der Gesellschaft übernommenen Beamten und Dauerangestellten das Recht gegeben worden, innerhalb von 2 Jahren wieder in der Dienst der Stadt zurückzutreten. In einzelnen Fällen wurde davon auch Gebrauch gemacht. Mit 79 Dauerangestellten ist nunmehr ein Sondervertrag geschlossen, wonach die Dauerangestellten bei der Gesellschaft verbleiben und auf das Recht, zur Stadt zurückzutreten, verzichten. Dieser Vertrag ist nach eingehender Erörterung in der Sitzung des Aufsichtsrats am 3. 12. 1931 genehmigt worden. Gleichzeitig wurden noch 24 Angestellte, die mehr als 20 Jahre in Diensten der Werke tätig sind, in das Dauerangestelltenverhältnis überführt. Den Tarifangestellten wurde zugesichert, daß ihr Dienstverhältnis mit der Gesellschaft nach 10jähriger Tätigkeit bei den Werken durch den Vorstand nur mit Zustimmung des Aufsichtsrats gelöst werden kann. Für die weitere Berufsentwicklung sämtlicher Angestellten ist grundsätzlich das Leistungsprinzip anerkannt worden.

Das neue Bierpfennigstück.

Die neue Notverordnung soll, wie wir bereits meldeten, auch eine neue Münze bringen. Zur Erleichterung der Pfennigrechnung, die wieder in Ehren gebracht werden muß, wo es sich darum handelt, haarscharf zu kalkulieren, wird ein Bierpfennigstück ausgegeben werden.

Als im Jahr 1871 das Deutsche Reich wieder erkand, wurde auch die Frage des Münzfußes zum vordringlichsten Problem. Denn wenn auch innerdeutsche Münzkonventionen, Zollvereine und sonstige Zusammenschlüsse schon eine weitgehende Vereinigung des deutschen Währungs, der natürlich auch auf diesem Gebiet seine Organe feierte, gebracht hatte, so war es doch notwendig, in dem neugeschaffenen geschlossenen Wirtschaftskörper die noch vorhandenen letzten Reste alter Zersplitterung zu beseitigen. Zur Zeit der Reichsgründung spielte der sogenannte Reichsmünzfuß auf deutschem Boden eine große Rolle; er stammte aus dem Jahr 1857, als durch die Münzkonvention mit Österreich ein gemeinsamer Münzfuß geschaffen und aus dem Pfund 30 Reichsmünzen oder 45 österreichische oder 52½ süddeutsche Gulden geprägt wurden. Daran bestanden aber noch bis ins Jahr 1871 in Hamburg, Lübeck, Schleswig-Holstein besondere Münzfüße, Bremen hatte sogar einen auf Goldmünzen, den Deutschen „Pistolen“, bezugnehmenden Münzfuß. Auf die Goldwährung wurde denn auch der Münzfuß des neuen Deutschen Reiches gestellt, und das Gesetz vom 4. Dezember 1871 bestimmte die Reichsmark als den 1896 Teil des Goldpfundes als Münzeinheit.

Sofort wurde zur Prägung von Gold- und Silbermünzen, sowie der kleineren Scheidemünzen geschritten. Die Kupferpfennige erschienen mit den Jahreszahlen 1872, 1873 und 1874, wie man sich noch heute überzeugen kann, denn als die Inflation zu Ende war und der Billionenkauf verflohen, konnten die alten Borträge wieder ausgegeben werden; wie freudig wurden sie als die Boten endlich eingetretener wirtschaftlicher Genesung begrüßt! An Goldmünzen gab es solche zu 5, 10 und 20 Mark; während die beiden letzten Kategorien bis in den Krieg hinein im Umlauf waren, bis sie dann freiwillig abgegeben wurden oder in den Schubladen verschwanden, wurden die goldenen Fünfmarkstücke schon in der ersten Hälfte der achtziger Jahre wieder aus dem Verkehr gezogen. Denn diese kleinen, dünnen Münzen waren kein geeignetes Umlaufmittel; sehr viele von ihnen wurden zu Damensbrotschen verarbeitet, oder die Herren der Schöpfung hängten sie sich als beliebtes Verloren an die damals noch übliche und mit Stolz getragene goldene Uhrkette. Der Taler war in jenen Jahren das Hauptstückgeld. Die Reichsmünzen verschwanden in den neunziger Jahren und wurden durch das Reichsdreimarkstück ersetzt. Die alten Reichsmünzen trugen noch Inschriften, wie „Segen des Kaisers der Deutschen“, und andere, an denen man die Geschichte deutscher Eigenbräutele studieren konnte. Damals waren noch österreichische Taler mit dem Doppeladler im Umlauf, auf die man im Geldverkehr scharf zu achten hatte, denn sie hatten nur ihren Silberwert. An sonstigen Silbermünzen gab es noch Stücke zu 5, 2 und 1 Mark und dann das silberne Fünfzigpfennigstück, das später die Aufschrift „1/4 Mark“ erhielt.

Die kleineren Scheidemünzen waren durch die Fünf-, Zehn- und Zwanzigpfennigstücke vertreten. Das Zwanzigpfennigstück, das anfänglich in Silber geprägt wurde, war eine merkwürdige Münze. Man durfte sie beileibe nicht mit Handgelenken anfassen, denn sie war so klein und dünn, daß man sie leicht verlor. Auch vor der unbedachten Hand verlor sie sich gern in die Falten der Geldbörse. Daher ging man im Jahre 1878 dazu über, statt des silbernen Zwanzigpfennigstücks ein solches aus Nickel zu prägen. Aber auch diese Münze war weit davon entfernt, beim Publikum Anklang zu finden, denn wie das silberne Zwanzigpfennigstück zu dünn und leicht gewesen war, so viel das Nickelstück nun zu dick aus. Ebenjedenfalls konnte sich das eine Zeitlang übliche Fünf- und Zwanzigpfennigstück aus Nickel in der Gunst der Bevölkerung erhalten; diese Einheit entsprach wohl auch damals seinem besonderen Verkehrsbedürfnis. Von dem neuen Bierpfennigstück kann man dies nicht behaupten; seine Prägung wurde schon bei der Einführung der neuen Posttarife gefordert, die die Lichtpfennigmarke und Bierpfennigmarke brachten.

— Wiesbadener Fremdenverkehr. Die Zahl der in der Zeit vom 1. Januar bis einschließlich 3. Dezember 1931 angemeldeten Fremden beträgt 112 004 Kurgäste und Passanten.

— Der Andreasmarkt hatte doch noch einen besseren Abschluß, als man zuerst vermutete. Denn das milde Wetter, das plötzlich am Freitagmorgen einsetzte, trug wesentlich zum guten Besuch der Verkaufsstände bei. Auch auf dem „Dippemarkt“ waren zahlreiche Käufer, und die Händler waren mit dem Erfolg im ganzen zufrieden. In den Totalen der Stadt waren gestern Abend nach Schluß des Marktes ziemlich Betrieb, wenn auch der Verkehr den allgemeinen Verhältnissen entsprechend, bei weitem nicht dem Umlauf früherer Jahre entsprach.

— Die Regierungshauptkasse zahlt ein weiteres Viertel der Dienst- und Versorgungsbezüge für Dezember 1931 am 10. Dezember bar. Überweisungen auf Bankkonten usw. erfolgen nicht vor dem 8. Dezember.

— Preisermäßigung für die Lieferung von elektrischer Arbeit für Schaufenster-Verbeleuchtung nach Badenischer Mit Wirkung ab Verbrauchsmessung April 1931 gewährt die Wegmag auf den Verbrauch an elektrischer Arbeit von jährlich mehr als 100 kWh je Meter Schaufensterbreite eine Rückvergütung von 4 Pf. je kWh. Die Rückvergütung für den verbilligten Mehrverbrauch erfolgt jeweils am Ende des Vertragsjahres. Hiermit ist der Einheitspreis für den Mehrverbrauch von 22 auf 18 Pf. je kWh ermäßigt worden.

— Nothilfe im Blautreuhandheim. Immer härter und immer mehr wird von Unbekannten an den Türen um milde Gaben gebeten. Die Not zu lindern und dem Mißbrauch vorzubeugen, hat das Blautreuhandheim (Sedansplatz 5) Gutscheinhefte eingeführt, welche 10 Gutscheine zu 5 Pf. und 5 zu 10 Pf. enthalten. Für solche Gutscheine erhält man im Blautreuhandheim Kaffee (5 Pf.), Brot (5 Pf.), Suppe (10 Pf.), Mittag- oder Abendessen (30 Pf.), Übernachtung (50 Pf.). Die Gutscheine sind zu haben im Blautreuhandheim, Sedansplatz 5, Telefon Nr. 23 057, beim Evangelischen Wohlfahrtsdienst, Doppeimerstraße 4, und bei den Gemeindepflegern Steingasse 9, Lufsenstraße 24, 2, Alarntaler Straße 3, Sartoriusstraße 16.

— Einfuhrverbot für Wurfkugeln jeder Art in das Saargebiet. Die Postverwaltung des Saargebietes teilt mit, daß bis zur Neuauflage der Kontingente die Einfuhr von Wurfkugeln jeder Art in das Saargebiet mit sofortiger Wirkung verboten ist. Noch einsteigende Sendungen gehen zurück.

— Deutsche Staatspartei, Wahlkreisverband Hessen-Nassau. Der diesjährige Wahlkreisparteitag findet am 5. und 6. Dezember in Frankfurt a. M. statt. Geschlossene politische Beratungen des Parteitagssamstags, 6. Dez., abends 20 Uhr, im Westsaal des Palmengartens.



— wenn du über die Straße gehst!
Geh gerade hinüber, nicht schief.
Sieh erst links bis zur Mitte,
dann rechts und
Kehre nicht mitten drin um!

Referent: Reichsfinanzminister a. D. Dr. Peter Reibold, M. d. R. Dieser Sitzung geht eine Sitzung des Wahlkreisverbandes am Nachmittag voraus. Geschlossener Wahlkreisparteitag am Sonntag, 6. Dez., vormittags 10.30 Uhr, im „Hotel Ruffhäuser“, Kaiserstraße. Die Wiesbadener Teilnehmer treffen sich am Sonntagvormittag um 9.20 Uhr am Hauptbahnhof.

— Die Christengemeinschaft. Am 2. Advent, 20 Uhr, hält Wilhelmstr. 12, Part., Pfarrer Wegel einen kultischen Predigtgottesdienst über das Thema „Der Advent der Vergangenheit, der Gegenwart und der Zukunft“.

Wiesbaden-Viebrich.

In der vergangenen Woche war der Schleppverkehr auf dem Rhein weiterhin reger; es fanden überwiegend Kohletransporte statt. Für Verdrahtung mit geringem Tiefgang der Schiffe besteht durch weiteren Rückgang des Wasserstandes weiterhin Nachfrage. Im Güterverkehr war der An- und Abgang in dieser Woche ebenfalls lebhaft. Die Sandbaggererei hat durch den günstigen Wasserstand gute Ausnutzungsmöglichkeit, aber keinen Absatz zu verzeichnen. Die Aufmontierung der erforderlichen Eisenmäße zur Überführung des elektrischen Kabels über den Rhein, zur Verbindung der Elektrizitätswerke Mainz und Wiesbaden, hat bereits begonnen. Der 84 Meter hohe Mast auf der Inselheimer Aue geht bereits der Vollendung entgegen und ist durch seine enorme Höhe bereits weithin sichtbar. Nunmehr wird mit der Aufmontierung des Mastes an der Kalle'schen Fabrik begonnen.

Mit dem Verlauf der ersten Weihnachtsbäume ist hier begonnen worden.

Vorberichte über Vorträge, Kunst und Verwandtes.

* Wiesbadener Vortragsgemeinschaft. Der letzte (sechste) Vortrag der diesjährigen Vortragsserie „Weltpolitik und Weltwirtschaft“ wird am Montag, abends 8 Uhr, in der Aula des Oberlyzeums gehalten. Prof. Dr. Künzler, Frankfurt a. M. spricht über „Die Vereinigten Staaten von Amerika und Europa“, 2. Teil.

* Stadttheater Mainz. Wochenplan: Sonntag, 6. Dez., 15 Uhr: „Emil und die Detektive“; 19 Uhr: „Im weißen Rößl“. Montag, 7. Dez., 19.30 Uhr: „Sprung über Sieben“. Dienstag, 8. Dez., 20 Uhr: „Sprung über Sieben“. Mittwoch, 9. Dez., 20 Uhr: 2. Sinfonie-Konzert des Städtischen Orchesters; Leitung: Adolf Kienzl. Solisten: Rosette Anday (Staatsoper Wien), Hans Hößlin (Landes-theater Stuttgart). Donnerstag, 10. Dez., 19.30 Uhr: „Im weißen Rößl“. Freitag, 11. Dez., 19.30 Uhr: „Algoletto“. Samstag, 12. Dez., 19.30 Uhr: „Der Zigeunerbaron“. Sonntag, 13. Dez., 15 Uhr: „Das Land des Lächelns“; 19 Uhr: „Im weißen Rößl“.

Neues aus aller Welt.

Der Fernschreiber im Hause.

Telephonische Nachrichten werden schriftlich festgehalten.

Aus New York wird uns gemeldet:

Die amerikanischen Post- und Telephongesellschaften übertrachten die Öffentlichkeit mit dem Angebot, daß sie zu Weihnachten an allen Telephon-Apparate Fernschreiber anzuschließen in der Lage sind. Diese Fernschreiber werden also künftig nicht für die Regierung, auch nicht allein für die Geschäftswelt, sondern für jeden Privatmann zur Verfügung stehen. Falls er nicht zu Hause ist, wird nach Einschaltung des Fernschreibers der Anrufende jeweils in der Lage sein, seine Meldung schriftlich niederzulegen, sobald sie von dem Angerufenen nach seiner Rückkehr vorgelesen wird. Das klassische Wort Weyhe: „Was man Schwarz auf Weiß bezeugt kann man getrost nach Hause tragen“, wird also in Amerika abgeändert werden müssen, denn man hat es nicht mehr nötig, schriftlich fixierte Nachrichten nach Hause zu tragen, man wird sie künftig vielfach nach seiner Rückkehr bereits vorfinden.

Allerdings sind noch einige kleinere Schwierigkeiten zu überwinden. In den Vereinigten Staaten Nordamerikas ist das Telephon- und Telegraphenwesen nicht wie bei uns verstaatlicht, sondern befindet sich in den Händen großer Privatgesellschaften, von Konsortien. Die beiden größten sind die Amerikanische Telephon- und Telegraphen-Gesellschaft und die Western-Union. Von diesen beiden kontrolliert die erste etwa 30 Millionen technisch Telephonanlagen, vornehmlich im Osten von USA. Sie ist auch im Besitz der neuen Erfindung des Fernschreibers, aber nicht in der Lage, diese im Westen des Landes einzuführen, da die Western-Union das gesamte Telephon- und Telegraphenwesen der Westprovinzen kontrolliert. Weitere Schwierigkeiten ergeben sich daraus, daß die reinen Telegraphen-Gesellschaften der Amerikanischen Telephon- und Telegraphen-Gesellschaft und der Western-Union das Recht abstreiten, insofern sie Telephongesellschaften sind, durch drahtliche Verbindung geschriebene oder gedruckte Worte zu übermitteln und festzuhalten.

Zum Verständnis dieses schwierigen Rechtsstreits muß daran erinnert werden, daß sich der neue amerikanische Fernschreiber ganz wesentlich von dem Morse-Apparat unterscheidet, der seit Jahren im deutschen Telegraphenwesen Verwendung findet. Nach dem neuesten amerikanischen System wird ähnlich wie bei unserem Telephonwesen gewissermaßen eine Fernschreibmaschine mit einer anderen Fernschreibmaschine verbunden. Jede dieser Maschinen ist als Sender und Empfänger eingerichtet. Sobald die Verbindung hergestellt ist, legt sich der Sender an seine Maschine und schreibt darauf los. Er kann bis zu 60 Worte in der Minute niederschreiben. Während er arbeitet, tippt die Empfangsmaschine seine Buch-

Aus Provinz und Nachbarschaft.

25 Jahre Frankfurter Wetterdienst.

** Frankfurt a. M., 4. Dez. Zu dem 25jährigen Jubiläum des Frankfurter Meteorologisch-Geophysikalischen Instituts am Sonntag wird sich eine glänzende Reihe von Meteorologen und Physikern in den Räumen des Physikalischen Vereins einfinden. Die Anfänge der Wetterbeobachtungen in Frankfurt und für das Frankfurter Gebiet sind bis zum Jahre 1825 zurückzuführen. Es geschah das durch Mitglieder des 1824 gegründeten Physikalischen Vereins; später wurde eigens in den Jahren 1853 ein Dozent für Wetterkunde für den Verein gewonnen. Durch ein Vermächtnis des Physikers Julius Ziegler wurde man in den Stand versetzt, auf dem Großen Feldberg gemeinsam mit dem Taunuskreis eine Wetterstation einzurichten. Dann im Herbst 1906, als die Wetterkunde ein immer dringenderes Bedürfnis für die Allgemeinheit wurde, vollständiges Gepräge erhielt, gewann man in Dr. Alfred Wegener, dem gleichen, der vor einem Jahre in Grönland seinen Tod fand, den ersten Fachgelehrten. Wegener aber sagte im letzten Augenblick ab, und an seine Stelle trat sein Bruder, Dr. Kurt Wegener. Seit nunmehr 25 Jahren gibt nun die Frankfurter Wetterwarte regelmäßige Wetterkarten heraus, zunächst für das engere Frankfurter Gebiet, dann aber für einen großen Teil Westdeutschlands. Die alte Wetterdienststelle zu Weilsburg wurde abgelöst. Zwei Jahre später entstand auf dem Kleinen Feldberg die Meteorologische Station auf dem Kleinen Feldberg, zugleich mit der Erdbebenwarte. Und in dem schlichten Hause an der Feldbergstraße, im eigentlichen Heim des Instituts, wirken heute außer dem gegenwärtigen Leiter Prof. Dr. Linke noch ein ganzer Stab von Hilfsarbeitern und Hilfskräften. Das Frankfurter Institut hat sich im Laufe der ersten 25 Jahre zu einem der bedeutendsten Deutschlands entwickelt. Seine Forschungen und täglichen Wettervorhersagen und Wettermeldungen gehen einem ständig größer werdenden Kreise von Interessenten zu: dem Handel, der Landwirtschaft, den Verkehrs-einrichtungen, vielen Schulen, zahlreichen Städten in West- und Südwestdeutschland. Von der Botschaft des Frankfurter Instituts hängt oft Gedeih und Verderb für viele Personen ab. Das jubelnde Institut ist zu einem nicht mehr wegzudenkenden Faktor im Wirtschaftsleben der weiten Heimat geworden.

Frankfurter Chronik.

— Frankfurt a. M., 4. Dez. Durch Warnungen in den Zeitungen gelang es in den letzten Tagen, zwei gefährliche Gauner festzunehmen. Wir warnten vor einigen Tagen vor einem Schwindler, der sich in Autoreparaturwerkstätten, Tankstellen usw. einfindet und sich als Direktor und Bekannter eines Autos ausgibt, das in der Nähe eine Vase erlitten habe und auf das er angeblich warten will. Während dieser Zeit plündert er die Kassen der Tankstellen aus und verschwindet. Auf Grund der Zeitungsveröffentlichungen wurde jetzt der 27jährige Vertreter Fritz W. aus Frankfurt a. M. als dieser Schwindler auf der Straße erkannt und einem Polizeibeamten übergeben. Ebenfalls auf Grund von Presse-notizen konnte ein Schwindler gefaßt werden, der sich Dr. Landge nannte. Er suchte Geschäftsleute auf und gab sich als Rechtsanwaltsvertreter aus, der zur Zeit bei einem Rechts-anwalt seine Examina mache. Es gelang ihm in mehreren Fällen, Aufträge zu bekommen, insbesondere aber einen entsprechenden Vorhuf herauszuholen. Er wurde gestern erfaßt, als er gerade wieder einen gleichen Schwindel verüben wollte, und festgenommen. Wie die Polizei feststellte, handelt es sich um den dreimal vorbestraften Maser Hans L. — Der Magistrat der Stadt Frankfurt hat dem Geheimen Sanitätsrat Dr. Friedrich Ebenau, dem hervorragenden Arzt und langjährigen Vorstehenden der Sendebirgischen Stiftungsadministration, anlässlich seines 60. Geburtstages in Anerkennung seiner hervorragenden Verdienste die Ehren-plakette der Stadt Frankfurt verliehen.

haben und Worte mit, sodaß seine ganze Meldung an der Empfangsstation zu lesen ist, sobald er seine Sendung abgeschlossen hat. Es liegt auf der Hand, daß die neuen Fernschreiber ein sehr gefährlicher Konkurrent für das ganze bestehende Telegraphenwesen sind, zumal sie, sobald sie einmal in Funktion sind, wesentlich billiger arbeiten, als die Telegraphen.

Lohngebläuber am Werk.

Überfälle in Altona und Berlin-Neukölln.

Im Margarine-Werk Edelstedt in Altona wurde am Freitag in der vierten Nachmittagsstunde ein dreifacher Lohngebläuber verübt. Einige Männer drangen in das Wirtshaus ein, bedrohten die Anwesenden und flüchteten mit 2600 M., die zu Lohnauszahlungen bestimmt waren.

In derselben Stunde sind auch in Berlin-Neukölln Lohngebläuber mit Erfolg tätig gewesen. Die Täter sind in diesem Falle drei junge Burken. Sie überfielen den 70jährigen Boten einer Baufirma, als er mit 2100 M. Lohngebläuber auf dem Wege nach einem Neubauer Neubau war. Die drei Räuber, die auf einem Motorrad mit Beiwagen saßen, hielten plötzlich in einer menschenleeren Straße neben dem Boten an, versetzten ihm einen Schlag auf den Kopf und entrißen ihm die Aktentasche mit dem Gelde. Ein Begleiter, der dem alten Boten zur Sicherheit mitgegeben war, konnte den Raub nicht verhindern. Die drei Burken sind mit dem Motorrad unerkannt entkommen.

Unterlagen beim Bayrischen Verwaltungsgerichtshof. Zu den umlaufenden Gerüchten, daß beim Bayrischen Verwaltungsgerichtshof in München größere Unterschlagungen vorgekommen sein sollen, erzählt die Bayrische Staatszeitung, daß die Tatsache der Unterschlagung richtig ist, doch stehen noch keine Einzelheiten über die Art der Unterschlagung und die Höhe der Summe fest.

Brand in der Mailänder Fog-Filmfabrik. Die Fog-Filmfabrik in Mailand ist durch ein Großfeuer vernichtet worden. Der Leiter der Fabrik wurde unter den Trümmern verstoßen aufgefunden. Die Ursache des Brandes ist noch unbekannt.

Brandkatastrophe in einer kalifornischen Stadt. Aus Berkeley (Kalifornien) wird berichtet: Bei einem hier in einem Gebäude ausgebrochenen Feuer ereignete sich eine Gasexplosion. Zwei Personen wurden getötet, eine schwer und 60 leicht verletzt. Drei Personen werden vermisst. Die große Zahl der Verletzten erklärt sich daraus, daß brennende Möbelteile durch die Explosion auf die Menge geschleudert wurden, die sich in den Strohen um das brennende Haus gesammelt hatte.

Der Sport des Sonntags.

Fußball.

Süddeutschland.

Obwohl in den meisten Gruppen die Meisterschaftsfrage noch keineswegs geklärt ist, steht doch bereits über die Hälfte der süddeutschen Endspielteilnehmer fest. Morgen wird voraussichtlich eine weitere Auswahl getroffen werden. Möglicherweise stellen sich sogar die ersten Titelträger vor.

Das „Spiel der Spiele“ ist natürlich wieder das Treffen „Klub“ gegen „Kleeblatt“ in Jülich. Die Jülicher greifen wieder auf Weinberger zurück, der trotz aller Abwanderungsgerüchte immer noch der SpVgg. angehört. Gewinnt der 1. FK Nürnberg, dann ist er nordbayerischer Meister. Auch ein Unentschieden genügt ihm, und selbst eine Niederlage könnte seine Position nicht sonderlich erschüttern. Am Rhein wird sich SV Waldhof zum Meister erklären können, denn es ist anzunehmen, daß die Spielkarte SpVgg. Sandhofen geschlagen wird. Am Main wird der HSV Frankfurt noch einmal alles auf eine Karte setzen, um mit einem Sieg über den SK. Rot-Weiß in den Kampf um den 2. Platz eingreifen zu können. Das Schlussergebnis des Treffens ist zweifelhaft.

Gruppe Hessen.

Kampf um den Titel.

Worms: Wormatia — HSV. 1905 Mainz!
Kassel: KSVg. — Olympia Lorsch.
Darmstadt: SK. 1898 — SK. Wiesbaden.
Vangen: FK. — Alemannia Worms.
Waldhof: Viktoria — Viktoria Urberach.

Morgen erreichen die diesjährigen Hesse Spiele ihren Höhepunkt. Das Vordringen der SpVgg. Kassel, der anfängliche Formrückgang der Wormatia, das Verlagen der Wiesbadener und die Glanzform der Mainzer sorgten von Woche zu Woche für Überraschungen aller Art, bis sich in einem grandiosen Endkampf das große heftige Meisterschaftsduell in die morgige Begegnung des siegesgewissen HSV. 1905 Mainz und der wieder in voller Fahrt befindlichen Wormatia Worms aufgelöst hat. Den Gästen genügt ein Unentschieden zur Sicherung des Meistertitels. Aber der Wormatia ist heute wieder alles, auch ein Sieg über die Mainzer, zuzutrauen. Alles abhängt von morgen Platzierungskämpfe. HSV. Kassel wird dafür zu sorgen wissen, daß schon aus Prestigegegründen der gute 3. Platz im Kampf gegen Olympia Lorsch nicht verloren geht. FK. Vangen kann seine gesicherte Position kaum verteidigen, selbst wenn Alemannia Worms unerwartet viel in die Waagschale werfen möchte. Umso mehr wird sich Viktoria Waldhof anstrengen, die im günstigen Falle noch mit dem Wiesbadener Sportverein gleichziehen kann. Ein Sieg über Viktoria Urberach bedeutete aus diesem Gesichtswinkel heraus keinesfalls eine Überraschung. Auch der SK. 1898 Darmstadt wird noch einmal alles in Bewegung setzen, um das Unmöglichste scheinbar doch noch zu erzwingen. Er hofft auf Gleichstand mit Urberach und ein Entscheidungsspiel gegen den Abstieg. Um dieses Ziel zu erreichen, muß zunächst der SK. Wiesbaden geschlagen werden, der nach und nach seine alte Garde in die vorderste Front zieht und nach Lehmann jetzt auf den verdienstvollen Kämpfer Rühl L zurückgreift. Mit Wolf; Debus, Lehmann; Sed, Habermann, Neumann; Böhmer, Rühl L, Raack, Rühl L, Schulmerer hofft aber der HSV. den auf's Ganze gebenden Platzverein einigermaßen in Schranken halten zu können, so daß wenigstens ein Unentschieden herauspringen dürfte.

Kreis Wiesbaden.

HSV. 1902 Biebrich — Opel Küsselsheim (1); SK. Dohheim (1); SV. Winkel; SV. Geilenheim — SV. Hirsheim (1); SK. Kottheim — SpVgg. Kaunheim.

Die Hirsheimer treten zum letzten entscheidenden Gang an. Zum Glück für den SK. Hirsheim harzt dem SK. Opel Küsselsheim in Biebrich ein gleichfalls eine nicht zu unterschätzende Aufgabe, die im Sinne der Gäste zu lösen recht schwierig sein wird. Jedenfalls werden die Einheimischen ihr bestes Spiel zu liefern suchen, um ein möglichst ehrenvolles Ergebnis festzusetzen werden zu lassen. Im Dohheim merz Lager hofft man auf einen Sieg des Sportvereins, der um 2.30 Uhr auf dem Waldsportplatz den SK. Winkel empfängt. Auch in Kottheim ist ein Erfolg der Einheimischen zu erwarten.

A-Klasse, Gruppe Wiesbaden.

SpVgg. Wiesbaden — SV. Erbenheim; SK. Nassau — SK. Ginsheim; FK. Sonnenberg-Kambach — Kickers Wiesbaden (1); Germania GutsMuths — Borussia Kassel; SK. Bishofsheim — SK. Dohheim (1).

Der Tabellenführer ist spielfrei und kann getrost den Ausgang der morgigen Verbandsspiele abwarten, die seine Konturen vor schwere Aufgaben stellt. Namentlich in Bishofsheim wird hart um den Sieg gekämpft werden. Auch die Kickers werden getreud das Gelände des FK. Sonnenberg-Kambach betreten, haben doch die Einheimischen ihre Form sichtlich verbessern können. Dagegen sind die Wiesbadener Platzvereine in Front zu erwarten. Spielvereinigung mühte den SK. Erbenheim noch hartem Gesicht distanzieren können (Anstoß um 10.30 Uhr an der Lessingstraße, um 9 Uhr spielen die 2. Mannschaften), und auch der SK. Nassau, der um 10.30 Uhr auf dem Platz an der Gersdorffstraße den SK. Ginsheim zu Gast hat, wird sich die Gewinnchance nicht entgehen lassen, um den Anstoß an die Spitzengruppe nicht zu verlieren. In GutsMuths verläßt Germania noch einmal an das Mittelfeld heranzukommen.

In der Gruppe Rheingau, wo immer noch der HSV. 1908 Schierstein mit festerem Vorprung vor SpVgg. Eltville führt, lauteten die letzten Ergebnisse: SK. Elbingen — FK. Erbach 7:3; SK. Lorch — HSV. 1908 Schierstein 1:4; FK. Destrach — SK. 1919 Biebrich 4:0.

Vokalspiele: Post-SB. Wiesbaden — Germania GutsMuths 1:3; Reichsbahn-ES. Wiesbaden — SK. Dohheim 2:4; SK. Hattenheim — SpVgg. Eltville 0:2; FK. Kiedrich — Siegfried Wiesbaden 4:1; SK. Bad Schwalbach — Schwarz-Weiß Rüdesheim 4:3.

B-Klasse: Heute Samstag tritt der Polizei-SB. Wiesbaden um 3 Uhr auf dem „Platz der Polizei“ gegen die Vize-Reise des SK. Dohheim in der aus dienstlichen Gründen geänderten Aufstellung Vape; Michel, Hamm; Scholl, Jaspers, Rühlhals; Hoffinger, Herbert, Hoffmann, Wahn, Reusing zu einem Freundschaftsspiel an. Es bleibt abzuwarten, ob die junge Elf in dieser Zusammenfassung ihre Siegesserie gegen die routinisierten Dohheimer fortsetzen kann. — In der Frankfurter Straße stehen sich morgen um 11 Uhr die 3. Mannschaft des Sportvereins und die 1. Elf des SK. Siegfried gegenüber. Der Kampf um den

Ronnenhof-Pokal wird morgen mit der jugkräftigen Begegnung der A-Mannschaften des SK. Nassau und des Sportvereins um 9.15 Uhr an der Gersdorffstraße fortgesetzt.

Weitere Spiele: Sportverein 2. Mannschaft weist mit Hoffmann; Vogl, Köhler; Dieffenbach, Vinn, Huppert; Edel, Staudt, Eberhardt, Hirschberg, Reichert in Darmstadt beim SK. 1898. Treffpunkt um 9.10 Uhr an der Rheinstraße, Ecke Landesbank. — Spielvereinigung 3. Mannschaft empfängt um 12.30 Uhr auf dem SpVgg.-Platz die 3. Elf des SK. Opel Küsselsheim. In Kambach spielen um 9 Uhr SK. Dohheim (3. M.) und FK. Sonnenberg-Kambach (3. M.). — Jugend: Um 10 Uhr findet auf dem Sportplatz Frankfurter Straße das Verbandsspiel der SVR-Schüler mit den Schülern des FK. 1902 Biebrich statt. SK. Siegfrieds Jugend weist in Dohheim, um ab 11 Uhr gegen die Jugend des SK. spielen. SK. Nassaus B-Jugend trägt um 9.45 Uhr gegen die 1. Jugend des SK. Königshofen an der Gersdorffstraße ein Freundschaftsspiel aus, während um 11 Uhr die Kassau-Schüler ihr Verbandsspiel gegen FK. Destrach, dem bisher ungeschlagenen Meisterschaftsfavoriten, austragen. Kickers Jugend empfängt um 2.30 Uhr auf dem Ezerzierplatz die gemischte Jugend des SK. Dohheim zu einem interessanten Treffen. — Reichsbahn-ES: Die A 1-Jugend spielt gegen die gleiche Mannschaft von 1906 Kassel in Kassel; desgleichen eine kombinierte 1. und 2. Schülermannschaft gegen die 1. Schülermannschaft von 1906 Kassel. Treffpunkt Tankstelle am Hauptbahnhof um 8.15 Uhr. Um 13.30 Uhr spielt ebenfalls eine kombinierte 1. und 2. Schülermannschaft gegen die Schülermannschaft des Sportklubs Siegfried auf dem Reichsbahnplatz. Treffpunkt 1.15 Uhr.

Handball D. T.

Kreisklasse, 3. Gaugruppe Rhein-Nahe.

Bezirk 1:

Tgd. Schierstein — Eintracht Wiesbaden!
Lo. Sulzbach — Lo. Eddersheim.

Nach Beschluß des Kreisklassenausschusses ist die Teilnahme der Wiesbadener Eintracht an den Gruppenmeisterschaften gesichert. Trotzdem wird die Elf morgen in Schierstein von der ersten Minute ab auf Sieg spielen, will sie es doch auf einen Entscheidungsspiel mit der Tgd. U. Eddersheim um den Bezirksmeistertitel ankommen lassen. Bekanntlich unterlag Eintracht im Vorjahr mit wenig Glück dem Gegner auf eigenem Platz mit 0:1. Da aber die Wiesbadener inzwischen zusehends durchschlagsträftiger geworden sind und gerade auf fremden Plätzen zu ansprechender Form auslaufen, liegt ein Eintracht-Sieg durchaus im Bereich der Möglichkeit. Allerdings ist die Partie starker lokal Charakter nicht abzusprechen. Man tut gut, sich auf das Endergebnis im voraus nicht festzulegen. Antwort um zehn Uhr auf dem Platz am Hafen (neben der Turnhalle) und nicht, wie ursprünglich vorgesehen, auf dem Platz des HSV. 1908. — Das Sulzbacher Treffen hat keine Bedeutung mehr, da der Neuling wieder absteigen muß.

In den übrigen Bezirken herrscht Spielruhe. Da Lo. 1817 Mainz vor acht Tagen nicht in Worms beim Lo. 1910 antrat, erhält letzterer die Punkte lampflos zugesprochen.

Gau Süd-Nassau:

In der Meisterklasse steht das Lokaltreffen der Tgd. Biebrich gegen Lo. 1846 Biebrich (2. M.) im Vordergrund des Interesses. Lo. Hachheim empfängt Lo. Bad Schwalbach. Weitere Spiele: Lo. Elbingen (1. M.) gegen Tisd. Geilenheim (2. M.); Lo. Winkel (1. M.) — Tgd. Rüdesheim (2. M.). — In der A-Klasse messen Tgd. Wiesbaden (3. M.) und Lo. Raunheim (1. M.) um 10.30 Uhr auf Kleinfeldchen ihre Kräfte.

Handball D. S. B.

In der süddeutschen Bezirksliga

sind fortan zwei Arten von Spielen zu unterscheiden. Neben den immer noch weitergehenden allgemeinen Punktspielen beginnen jetzt in einzelnen Bezirken die Endspiele um die Gruppenmeisterschaften, die überall dort notwendig sind, wo die Gruppen aus geographischen oder finanziellen Gründen bisher in Abteilungen getrennt haben. Diese Spiele verdienen besondere Beachtung, denn sie umfassen nur noch den engeren Kreis der süddeutschen Meisterschaftsanwärter. Für Sonntag lautet dieses Programm: Nordbayer: SpVgg. Jülich — Polizei-SB. Nürnberg; Südbayer: Ulmer FK. 1894 — SK. 1860 München; Saar: Westmar

Trier — 1. FK. Kaiserslautern; BfK. Kaiserslautern — SK. Saarlouis-Roden.

In unserem Bezirk werden die Schlußspiele etwas einfacher durchgeführt. Die drei Gruppen ermitteln ihre Meister — als Vertreter von Südrhein steht Sportverein Wiesbaden bereits fest; am Main und in Hessen fällt am 13. Dezember zwischen HSV. Frankfurt und BfK. Schwannheim bzw. Polizei- und SK. 1898 Darmstadt die Entscheidung. Sportverein hat am 20. Dezember gegen den Main-Meister anzutreten und erwartet am 27. Dezember den hier den Hessen-Meister.

Bei den Damen ist es wieder anders. Hier kämpfen die Kreismeister in Vor- und Rückspielen um die Bezirksmeisterschaft. Die Kämpfe beginnen am 10. Januar. Als Teilnehmer stehen bereits fest: Sportverein Wiesbaden, HSV. 1905 Mainz und Polizei-SB. Darmstadt; zu diesen wird sich als Vertreter der Kreisgruppe Main, wo die Spiele noch im Gang sind, sicher „Eintracht“ Frankfurt gesellen.

Die Verbandsspiele bringen in Württemberg die Plakämpfe Polizei Stuttgart — Sportfreunde Tübingen und SpVgg. Fellbach — VfB. Stuttgart. — Am Main kommt das letzte Spiel zwischen BfK. Sachsenhausen und HSV. Frankfurt zur Durchführung. Ein Unentschieden würde Sachsenhausen vor dem Abstieg retten, aber Frankfurt auch die Meisterschaft kosten; mit dem viel wahrscheinlicheren Sieg des HSV. jedoch könnten beide Fragen erst in späteren Entscheidungsspielen geklärt werden. — In Hessen sind die Darmstädter Spitzenmannschaften, Polizei- und SK. 1898 Darmstadt, durch Wormatia bzw. Polizei Worms nicht gefährdet. Alemannia Worms verzichtet auf den ausstehenden Gang in Darmstadt und überläßt Rot-Weiß lampflos die Punkte.

Gruppe Südrhein:

Post-SB. Wiesbaden — Sportverein Wiesbaden.
Haffia Bingen — Polizei-SB. Wiesbaden.
Reichsbahn-ES. Wiesbaden — Hakoah Wiesbaden.

Post und Sportverein beenden um 11 Uhr auf dem Reichsbahnplatz ihre Verbandsspiele. Bei der ersten Begegnung hat Sportverein 7:4 gewonnen. Die Elf der Post strebt diesmal danach, in einer unentschiedenen Partie als einzige Mannschaft der Gruppe dem Meister einen Punkt abzunehmen. Mit der veränderten Aufstellung: Hauser, Bremser, Göbel; Pfaff, Strad L, Kimpel; Strad II, Dener, Schuster, Kessel, Schuhmacher, glaubt sie, genügend gewappnet zu sein. — Polizei-SB. hat wegen Erkrankung bzw. dienstlicher Verbindung bewährter Kräfte gegen Bingen folgende Besetzung vorgezogen: Thierolf; Krings, Scholl; Keil, Wahn, Bishall; Bonn, Falk, Böcker, Hoffmann und Sieberhagen. Diese Kombination wird kaum ausreichen, um Haffia auf eigenem Platz zu überwinden. Die Binger haben also die besten Aussichten, Post morgen vom dritten Platz zu verdrängen. — Reichsbahn und Hakoah haben um zehn Uhr auf dem Platz an der Kaiserstraße ein Freundschaftstreffen vereinbart. Die beiden Mannschaften dürften gleichwertig sein, so daß das Spiel nicht ohne Reiz ist.

Kreis Wiesbaden:

Siegfried Wiesbaden — SK. Ginsheim.
Kaufmannsverein Biebrich — ES. Kaunheim.
FK. Kiedrich — SK. 1919 Biebrich.
SpVgg. Bishofsheim — HSV. 1908 Schierstein.

Im zweiten Gang der Pflichtspiele sind nach den Erfahrungen beim ersten Versuch wohl auch glatte Siege der A- über die B-Bereine zu erwarten. Siegfried empfängt um 3 Uhr auf dem Platz an der Nikolastraße SK. Ginsheim, dessen schwankende Form während der Verbandsspiele keinen zuverlässigen Schluß auf seine derzeitige Leistungsfähigkeit zuläßt. Auf dem Platz an der Kassauer Straße ist um 2.45 Uhr bei den Biebricher Kaufmannsfreunden ES. Kaunheim zu Besuch; wenn irgendwo, dann kann am ersten noch hier mit dem Erfolg einer B-Mannschaft gerechnet werden. SK. 1919 Biebrich tritt um 1.30 Uhr in Kiedrich gegen die noch unfertige Elf des FK. an, die auf ein einfaches Verteidigungsspiel beschränkt werden wird. Die Schiersteiner haben Platzsperre und müssen das angesehene Spiel in Bishofsheim austragen, womit ihnen alle Chancen genommen sind.

Die Verbandsspiele gehen bei den Reservisten mit den Begegnungen Polizei-SB. (9 Uhr, Platz der Polizei) und Post — Siegfried (9.45 Uhr, Reichsbahnplatz) weiter. Die zweite Mannschaft des SK. 1919 Biebrich führt zu einem Freundschaftstreffen gegen die gleiche Vertretung des Reichsbahn-ES. nach Mainz, und die Jugend tritt um 2 Uhr auf dem Platz an der Nikolastraße gegen Siegfrieds Nachwuchs an.

Aus den Gerichtssälen.

Fc. Ein „gefälliger“ Betrüger. Eines Tages erschien bei einem Gastwirt in Bierstadt der Händler und Bierverleger Karl L. aus Frankfurt a. M. und erzählte dem Gastwirt, der mit der Absicht umging, sein Lokal zu vermieten, von einem ernsthaften Interessenten. Der Wirt, der wegen eines elektrischen Klaviers im Werte von 1100 M. in Verlegenheitsverhandlungen stand, teilte dies L. mit. Auch hier wußte L. Rat und meinte, der Interessent könne das Instrument mitübernehmen bzw. kaufen. Der Wirt übertrug dem L., der sich unter falschem Namen vorstellte, auch diese Sache zu erledigen und gab ihm zu diesem Zweck zwei Wechsel im Betrag von 800 und 225 M., außerdem noch 130 M. in bar. Von dem Wechsel über 225 M. fertigte L. ein „Duplikat“ an, das der Händler A. in Bierstadt diskontierte, Waren und 70 M. in bar dem L. gab. Der Interessent für das Lokal blieb aber aus. Vergeltens wartete der Wirt; schließlich wurde L. angezeigt. Das erweiterte Schöffengericht verurteilte L. wegen Betrugs im Rückfall in Tateinheit mit schwerer Urkundenfälschung zu einer Gefängnisstrafe von 1 Jahr.

Fc. Drei Jahre Gefängnis für den falschen Steuerbeamten. Als Beamter des Finanzamts hatte sich, wie erinnerlich, der 30jährige Kaufmann Karl A. im August und September bei Einwohnern in Biebrich, Kloppeheim, Bierstadt, Bleidenstadt, Seibensbach, Erbach und Destrach ausgegeben und „Steuerrückstände“ in Höhe von 10 bis 19 M. entkassiert. Er quittierte in Neudorf im Rheingau als Beamter der Wiesbadener Finanzpolizei ausgegeben und versucht, dort 12 M. zu erlöshelfen, die er aber nicht bekam. Nun

stand A., aus der Untersuchungshaft vorgeführt, vor dem erweiterten Schöffengericht. Er war geständig und entschuldigte die Verfehlungen damit, daß ihn große Not dazu getrieben habe. Das Gericht erkannte gegen ihn wegen Betrugs im Rückfall in Tateinheit mit schwerer Urkundenfälschung, Amtsannahme und verbotenen Waffenbesitzes auf eine Gefängnisstrafe von 3 Jahren 1 Woche und 1 Woche Haft sowie 3 Jahre Ehrverlust. Nach Verbüßung von 2 Jahren soll dem Angeklagten für den Rest der Strafe Strafaufschub zugestanden werden.

Fc. Verurteilter Diebstahl. In der Zeit vom 19. bis 27. September wurden in Wiesbaden vier schwere Einbruchsdiebstähle auf gleiche Art verübt. Durch Herausfinden der Türöffnung waren die Einbrecher, welche die Haustür mittels Dietrichs geöffnet hatten, in die Geschäfte eingedrungen. Aus einem Zigarrengeschäft in der Goldgasse stahlen sie für 200 M. Zigarren und dergl., in einem Transportgeschäft in der Schwalbacher Straße erleichterten sie die Kasse um 109 M., in einem Wäschegehalt hatten sie seine Wäsche aus der Kasse und verpackt, wurden aber gestört und flüchteten. Schließlich versuchten sie in dem Bureau einer Weinhandlung Rheinstraße-Ecke Adolfsstraße ihr Glück. Als Täter faßte die Polizei den 25jährigen Maler Martin St. aus Gönnersdorf, Reg.-Bez. Koblenz, den 37jährigen Seemann Heinrich A. aus Bonn und den 23jährigen Arbeiter Alexander G. aus Köln. Die Drei standen jetzt, aus der Haft vorgeführt, vor dem erweiterten Schöffengericht. Sie waren geständig. St. und A. erhielten je 2 Jahre Gefängnis sowie 3 Jahre Ehrverlust, G. erhielt wegen schweren Diebstahls in zwei Fällen eine Gefängnisstrafe von 8 Monaten.

Industrie und Handel.

Wirtschaftliche Wochenschau.

Deutschlands wirtschaftliche Zukunft. — Notwendigkeit der Kapitalbildung. — Die Folgen steuerlicher Über-
spannung. — Preisentwertung und Kartelle. — Pfundverluste und vergessene Abmachungen.

Auf einer Jubiläumstagung des Wirtschaftsverbandes für den Regierungsbezirk Magdeburg sagte dieser Tage Geheimrat K. A. v. d. Reiche von dem Reichsverband der deutschen Industrie die gegenwärtigen Probleme in gedrängter, aber systematischer Form zusammen. Seine Ausführungen über den Kampf um Deutschlands wirtschaftliche Zukunft beschäftigten sich mit der internationalen Kredit- und Währungsfrage, der Reparationsfrage und der innen-
deutschen Wirtschaftsgestaltung. Deutschland ist bereit, seinen privaten ausländischen Verpflichtungen nachzukommen (es sind übrigens seit dem Sommer rund 5 Milliarden RM kurz-
fristige Kredite an das Ausland zurückbezahlt worden, worauf der Reichsbankpräsident vor einigen Tagen in einem Interview hinwies!), aber es muß verlangen, daß das Aus-
land seine Forderungen nicht kurzfristig und einseitig liqui-
diert, sondern daß es Deutschland einen normalen Umfang kurzfristiger Kredite, auch über den Ablauf des Stillhalte-
abkommens hinaus, zur Verfügung stellt. Da sich ferner in den letzten Jahren mit erschreckender Deutlichkeit erwies, daß die Reparationsbelastung nicht nur für Deutschland eine un-
erträgliche Bürde ist, sondern sich auch weltwirtschaftlich in höchstem Maße zerrütend auswirkt, muß das außerökono-
mische Forderungsnetz, wie es durch die internationalen Schulden und Reparationen gebildet wird, ein für allemal als internationaler Krisenfaktor verschwinden. Im Mittel-
punkt der praktischen Wirtschaftspolitik Deutschlands steht die Produktionskostenentlastung, die das Ziel verfolgt, die deutsche Wirtschaft wieder arbeitsfähig und gegenüber dem Ausland wettbewerbsfähig zu machen.

Wenn eine Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik der festen Hand eingehalten wird, die auf den Gesichtspunkten äußerster Sparsamkeit und folgerichtiger wirtschaftlicher Vernunft aufgebaut ist, dann wird es auch gelingen, die deutsche Währung stabil zu erhalten und die jetzige Not-
zeit, vielleicht langsam, aber doch sicher, durch eine neue Aufwärtsentwicklung abzulösen.

Die deutsche Sonderkrise beruht wohl zu einem großen Teile auf den unproduktiven Reparationslasten, deren Regelung, sei es eine Streichung oder auch nur eine Milderung, nicht in Deutschlands Macht liegt, sondern nur auf dem Verhandlungswege, vielleicht durch Überzeugung, erreicht werden kann. Aber zu einem großen Teil kann Deutschland sich auch selbst helfen. Vor allem ist dabei an die ja jetzt in Gang befindlichen Bestrebungen um eine Verbilligung der Produktion zu denken, die mit der Reform der Verwaltung, der Verwaltungsaufgaben und -kosten, der steuerlichen und sozialen Lasten eng verbunden ist. Darüber hinaus ist aber besonders notwendig, daß die eigene Kapitalbil-
dung, die bis zum Frühjahr trotz Krise und Not gute Fortschritte gemacht hatte und erst durch die Vorgänge im Sommer empfindlich gestört wurde, wieder in den Vorder-
grund tritt. Durch allgemeine Aufklärung muß dafür ge-
sorgt werden, daß die Kenntnis der Ereignisse im Sommer 1931 in den Kreisen derjenigen verbreitet wird, die als Später in Frage kommen. Daran hat ein jeder das größte Interesse, besonders ist es aber wichtig für diejenigen, die angesichts des daniederliegenden Kapital- und Kreditmarktes ihre berechtigten Kreditwünsche nicht befriedigt erhalten können. Das Problem ist nämlich sehr einfach, wenn man von Nebenerscheinungen absteht und sich auf den Hauptpunkt beschränkt. Die Später verweisen in der Regel darauf, daß die Auszahlungen bei den Sparfassen beschränkt werden mußten und daß sie benötigtes Geld nicht so schnell und in den Beträgen wiederhaben konnten, wie sie es von früher her gewohnt waren. Woran lag dies und wem trifft die Schuld? Die Aufgabe der Sparfassen ist es, die Spareinlagen sicher und zinsbringend anzulegen, u. a. damit sie auch für die Einlagen Guthabenzinsen vergüten können. Auf Grund alter Erfahrungssätze wußte man genau, wieviel in Hypotheken und Darlehen, wieviel in kurzfristigen, leichter und vor allem schneller realisierbaren Anlagen ausgeliehen werden konnte und welche hohen Beiträge für Wiederab-
hebungen von benötigten Sparguthaben zur Verfügung stehen mußten. Im Sommer dieses Jahres rannte der unvernünftige Ansturm aus Sparterreisen aber alle Erfahrung und Berech-
nung über den Haufen. Wenn so das normale Maß der Abhebungen nicht nur überschritten, sondern maßlos gesteigert wurde, da war es ganz natürlich, daß im Interesse der Gesamtheit Einschränkungen erfolgen mußten. Bedauerlich ist dabei nur, daß auch diejenigen, die ihre Ersparnisse wirk-
lich brauchten und unter normalen Verhältnissen wie früher erhalten hätten, mit den Unbedonnenen (die ihr Geld nur aus unklaren Gefühlen heraus, nicht aber weil sie es not-
wendig hatten, abheben wollten) leiden und anfangs Ratio-
nierungen, später Kündigungsfristen unterworfen werden mußten. Heute kann man, rückwärts blickend, über diese Dinge reden in der Hoffnung, tatsächliches Verständnis zu finden. Man muß aber auch die Schlüsse daraus ziehen. Es genügt nicht, daß die sogenannten „Angstabwehungen“ auf-
gehört haben, weil es allmählich der letzte Rest ist, daß seine Spareinlagen nicht verloren oder auch nur gefährdet sind, sondern daß damals Anforderungen gestellt worden waren, die kein vernünftiger Mensch voraussehen konnte, denn wenn eine Sparfasse damit rechnen mußte, daß alle Sparere eines Tages kämen, um ihre gesamten Einlagen ab-
zuheben, dann könnten sie keinen Pfennig ausleihen, das Geld läge brach, verdiente keine Zinsen und das ganze wäre vollkommen sinnlos. Es muß vielmehr heute das Augenmerk darauf gerichtet werden, daß die Kapitalbildung nun auch wieder in Fluß kommt.

Die gegenwärtigen Zinsen dürften doch wirklich einen Anreiz bieten, jeden nur irgend entbehrlichen Betrag — sei es auch nur vorübergehend auf Wochen und Tage — anzulegen, damit das Geld nicht brachliegt, für den einzelnen und die Gesamtheit nutzlos ist, sondern Kapital wird, das dem Sparrer Zinsen bringt und andererseits denjenigen, die Kredit benötigen und Sicherheiten stellen können, wieder geliehen werden kann.

Steuerliche Überspannung wirkt sich verberb-
lich aus. In den meisten Fällen bringen über ein gewisses vernünftiges Maß erhöhte Steuern noch nicht einmal die Er-
träge der früheren Steuern mit niedrigeren Ansätzen. Dies konnte bereits an zwei Beispielen gezeigt werden: an der Biersteuer und der Mineralwassersteuer. Heute soll eine dritte Steuer besprochen werden, deren Entwicklung beweist, daß auch auf dem Gebiete des Steuerwesens nicht einfach diktiert werden kann, sondern daß Grenzen eingehalten werden müssen, soll nicht ein großes Glas herauskommen. Es handelt sich interessanterweise wieder um eine Getränke-
steuer, nämlich die Branntweinsteuer. Hier liegen allerdings die Verhältnisse ganz besonders trag. Die Steuer wird in Form eines Monopols erhoben.

Der Bitter Monopol-Branntwein wird für 8 RM ver-
kauft, während die Selbstkosten etwa 40 Pf. betragen, das ist eine Steuerbelastung von 1500 Prozent! Bei diesem ganz ungeheuerlichen Steuerfuß braucht man sich über dessen Folgen nicht zu wundern. Der Branntwein-
verbrauch ist auf $\frac{1}{4}$ des Vorkriegsumsatzes zurückgegangen. 70 Prozent der Steuerstrafen betreffen Vergehen gegen das Branntweinmonopolgesetz und 30 Prozent des zum Verbrauch kommenden Branntweins stammen aus Schwarzbrennereien.

Der ungewöhnliche Steuerfuß muß ja gerade zur Ausnutzung der gebotenen Verdienstmöglichkeiten anreizen, die tatsäch-
lich in der Praxis noch größer sind als bei der Falschmünzerei, während andererseits das Erwirtschaften nicht so leicht und die Strafen in diesem Falle nicht so hoch sind.

Die Preisentwertung hat sich jetzt in Deutschland auf fast allen Gebieten ausgewirkt. Eine Ausnahme machen allerdings immer noch die von Kartellen vertriebenen Pro-
dunkte. Bei dem oben erwähnten Branntwein ist es ja ähnlich, nur daß dort der Fiskus die Gewinne einsteckt. Aber dieses Beispiel kann durch weitere ergänzt werden. Besonders deut-
lich zeigt sich die Macht der Kartelle bei der Festsetzung des Margarinepreises. Der „Margarineverband“, das ist die Vereinigung der holländischen Konzernindustrie und der freien deutschen Margarineindustrie — mit alleiniger Ausnahme der Margarinefabrik Walter Rau —

hat jetzt den Mindestpreis für die billigste Margarine-
sorte auf 32 Pf. für das Pfund festgelegt, obwohl diese Margarine bisher bereits von einzelnen Firmen für 25 Pf. geliefert wurde.

Die holländische Konzernindustrie hat auch die deutschen Firmen in der Hand, da sie die Rohstofflieferung beherrscht

Vom deutschen Weinbau und Weinhandel.

Bereinstimmte geringe Geschäftsbefehung.

Der neue Wein hat von seiner hohen Säure ziemlich ab-
gebaut und sich vorteilhaft entwickelt. Von einzelnen Aus-
nahmen in manchen Gebieten abgesehen ruht das Wein-
geschäft vollkommen. In Rheinhessen machte sich längst gesteigertes Interesse für 1932, auch für 1931, geltend. Da und dort kamen größere Abfälle zustande. Man bezahlte für die 1200 Liter 1930er in Altheim 450—500, Mettenheim 500, Niederfalkheim 410, Armsheim 400, Ulversheim 450, Dittelsheim um 400, Guntersblum etwa 450, Oppenheim 600 bis 800, Bodenheim 900, in der Alzeiger Gegend in Ronsheim und Ennsheim zwischen 400—500, im westlichen Rheinhessen 450—550 M. Der 1929er Jahrgang ist in größeren Mengen nicht mehr in den Winkeln angetroffen. Bei einem Kaufabschluß in Altheim stellte sich das Stück auf 850 M., im westlichen Rheinhessen werden 500—600 M. genannt. Jungweine wurden in Armsheim zu 260 M. und darüber, Spredlingen ebenfalls 260, Gaubidelsheim 300, in der Alzeiger Gegend zu 240—330, Niederfalkheim zu 300 (Weiß-
wein) und 260 (Portugieser-Rotwein), Dittelsheim 290, Guntersblum 360 M. das Stück abgegeben. Verbesserte und gut gegorene Weine finden den Vorzug. Die 1931er stehen vor dem ersten Abtrieb. In der Rheingau lag schwanken an der Mittelhaardt die Preise für 1931er Weißweine zwischen 500—800 M. die 1000 Liter. Verbesserte Rotwein ist mehr gefragt, es werden dafür 280—340 M. gefordert. An der Unterhaardt werden 200—220 M. für das Fuder 1931er geboten, doch besteht dazu wenig Abgabebefehung. Für 1930er Weißweine bezahlt man 400—500 M. Die Winger-
genossenschaft Wenher erzielte für 1931er Bergwein (Natur) 260—270 M. Die große Reiserzeugung naturreiner Mittel-
haardgewächse durch die Büßlin-Wolfsche Gutsverwaltung (Albert Büßlin) in Wachenheim verließ den Verhältnissen entsprechend zufriedenstellend. Die Preise waren der Lage angepaßt. Im Rheingau fand eine 1931er-Natur-Mo-
derisierung der Hallgartener Wingergenossenschaft statt. Von 45 Halbstück wurden 21 nicht zugelassen. 21 Halbstück Hallgartener erzielten durchschnittlich 210 M. Der Winger-
verein Reudorf hat 25 Halbstück 1931er zum bereits mitge-
teilten Preis von 595 M. die 1200 Liter verkauft. In älteren Jahrgängen fanden einige kleinere Abfälle bei Manubach kleinere Verkaufsabschlüsse zu 450—480 M. das Fuder (1000 Liter) 1930er und um 500 M. für 1929er ge-
teigert. In der Mosel zeigt sich für 1930er wieder etwas mehr Nachfrage. An der Saar sind die Preise für den Jungwein sehr niedrig. In Baden gingen in der Markt-
traffisch kleinere Mengen 1931er ab, in Schliengen zum Durchschnittspreis von 33 M. in Muggen zu 40—50 M. die 100 Liter. In der Ortenau erzielte Kappelroderer Weißwein 40—44 M. die 100 Liter. In Franken ist es in diesem Jahre noch stiller wie in früheren Jahren nach dem Herbst. 1931er Konsumweine kosten je nach Lage etwa 25—50 M. die 100 Liter. Die Preise sind leicht nachgebend. Für 1930er Konsumweine legte man 50—65 M. je Hektoliter an.

Der Geschäftsgang in der Maschinen- und Grobisenindustrie.

Unbefriedigende Abgabeverhältnisse im In- und Ausland. —
Völlig unzureichende Preise.

Im Monat November ist in der Geschäftslage der deutschen Maschinenfabriken und Apparatebauanstalten eine Besserung nicht eingetreten. Nach den Berichten der Handels-
kammer erreichten die Umsätze nicht die Höhe des Monats Oktober. Stellenweise ist die Erzeugung im Werkzeug-
maschinenbau augenblicklich noch genügend. Die Werks-
anlagen sind zu etwa zwei Drittel ihrer Lei-
stungsfähigkeit ausgenutzt. Bei den Fabriken, die Schweißmaschinen, Walzmaschinen und Maschinen für die Kleinisenindustrie herstellen, ist die Beschäftigung eher noch günstiger. Sowohl im Inland wie im Ausland sind die Abgabeverhältnisse unbefriedigend. Vom Inlandsmarkt liegen kaum Anfragen vor; die Auslandsbestellungen lassen immer stärker nach. Durch die Einführung von Zöllen in England ist das Geschäft mit englischen Abnehmern stark gefährdet. Auch das Auslandsgeschäft, das in letzter Zeit noch hier und da eine Belebung zeigte, hat nachgelassen, da das Reich die Ausfallbürgschaft hierfür noch nicht erteilt. Verschlechtert hat sich die Beschäftigung in der Kesselindustrie; unverändert waren die Abgabeverhältnisse im Waggonbau.

In der Grobisenindustrie ist der Inlands-
bedarf der vorgerüsteten Jahreszeit wegen noch weiter zurück-

und vor allem weil sie auch als Kreditgeber auftritt. Die einzige, wenigstens der bekannteren größeren deutschen Firmen, die frei und von den Holländern unabhängig da-
steht, ist die obengenannte in Hiltter. Obwohl die wichtigsten Rohstoffpreise auf dem niedrigsten Stand des Jahres 1931 beharren, der teilweise fast die Hälfte der Preise von 1929 beträgt, können die Preise für das Fertigprodukt, dessen Kon-
sumenten sich aus den zahlungsschwachen Massen zusammen-
legen, durch Diktatur eines Konzerns heraufgesetzt werden. Hier wäre tatsächlich einmal eine dankbare Aufgabe für staat-
liche Eingriffe.

Kürzlich wurden an dieser Stelle die empfindlichen Ver-
luste der „Bank von Frankreich“ an Beständen von eng-
lischen Pfund-Devisen besprochen. Der französische Druck auf das englische Pfund hatte zu dieser Entwicklung nicht wenig beigetragen, jedoch Frankreich sich durch die aus-
politischen Gründen geübten Maßnahmen selbst wirtschaftlich geschädigt hat. Die Entwertung des englischen Pfundes hat aber auch andere Länder, bezw. Notenbanken, in Mitleiden-
schaft gezogen. Während die deutsche Reichsbank in der glücklichen Lage war, keine nennenswerten Pfundbesitzen zu besitzen und daher an den entstehenden Verlusten nicht interessiert ist, mußte die Niederländische Bank in Amsterdam jetzt in einem Kommuniqué beträchtliche Verluste an eng-
lischen Pfundnoten zugeben.

Die holländische Notenbank hat etwa 36 Mill. Gulden, das ist das ganze Kapital, einschließlich Rücklagen, an der Pfundentwertung verloren.

an diesen Verlust knüpft sich nun noch ein Streit zwischen London und Amsterdam an. Die „Bank von England“ hatte der Niederländischen Bank zugesichert, daß sie keine Verluste an dem englischen Pfund erleiden solle, wenn sie sich an dem Vorgehen Frankreichs gegen die englische Währung nicht an-
schließe, eine Aufhebung des Goldstandards sei übrigens nicht geplant. Heute beruft sich die Niederländische Bank darauf, während die „Bank von England“ von nichts mehr wissen will.

gegangen. Durchweg mußten die Werke wegen mangelnden Auftragsenganges zu einer starken Betriebs-
drosselung schreiten. Die erhöhten Aufträge und Abrufe der Reichsbahn an Oberbaumaterial wirkten sich günstig auf eine rationellere Aufstellung des Arbeitsprogramms für einige Hüttenwerke aus. Die vorübergehende im Monat Oktober eingetretene Belebung am Auslandsmarkt hat wieder nachgelassen. Das englische Halbzuggeschäft kam wegen der Zollfrage ins Stoden. Auch durch die Entwertung des Pfund-
turles wurde das Geschäft erheblich erschwert. Trotz aller ausfuhrhemmenden Umstände ließen die Preise weiter nach.

Umsatzschrumpfung im Herrenbekleidungs- Einzelhandel.

Rückgang von 9 Prozent gegen das Vorjahr.

Die Umsatzentwicklung im Herrenbekleidungs Einzelhandel in den Monaten September und Oktober war, wie zu erwarten, weiterhin rückläufig, und zwar betragen die Um-
satzrückgänge für den Monat September im Vergleich zum Vorjahr (Reichsdurchschnitt) zirka 8 Prozent, für den Monat Oktober zirka 9 Prozent. Wenn man bedenkt, daß schon im Vorjahr im September und Ok-
tober eine sehr starke Umsatzminderung innerhalb des Herren-
bekleidungs Einzelhandels zu verzeichnen war, kann man sich ein Bild machen von der außerordentlich kritischen Lage, die augenblicklich die Herrenbekleidungsbranche durch-
macht. Die besonders starke Umsatzminderung im Monat Oktober ist außer der allgemeinen Wirtschaftskrise auf die besonders milde Witterung dieses Monats zurückzuführen. Obwohl vielfach mit sehr fraglichen Mitteln (Schleuder-
und Looppreise usw.) eine Belebung des Geschäftes versucht wurde, blieb der Erfolg reißlos verlag. Selbstverständlich haben auch die bekannten sensationellen Meldungen über den angeblich weiteren Preisabbau eine gewisse Zurück-
haltung bei der Käuferschaft erzeugt.

* Die Insolvenz Jakob Isaac Weiller Söhne Frankfurt a. M. Eine Gläubigerversammlung dieser Bankinsolvenz in Frankfurt a. M., in der das gerichtliche Vergleichsverfahren noch nicht bekräftigt ist, befaßte sich nochmals mit der ge-
gebenen Situation. Die Depotgläubiger mit Forderungen von 380 000 M. sollen aus den noch vorhandenen Effekten-
werten 26 Prozent außer den 4 Prozent Zuschuß von Ver-
wandtenseite erhalten. Die Kontoforrentforderungen mit 215 000 M. sollen dagegen nur mit 10 Prozent befriedigt werden, dabei Forderungen bis 300 M. voll. Die Restfor-
derungen der Depotgläubiger werden in der Behandlung den Kontoforrentgläubigern gleichgestellt.

* Schuhfabrik Herz AG, Offenbach. In der Generalver-
sammlung wurde der Abschluß für 1930 vorgelegt, der einen Warenbruttogewinn von 0,629 (0,698) Mill. M. ausweist, so daß nach Abzug von 0,554 (0,524) Mill. M. Generalunkosten und ermäßigten Abschreibungen von 0,088 (0,168) Mill. M. ein kleiner Verlust von 11 592 M. verbleibt, der vorgetragen wird. Die Generalversammlung genehmigte diesen Abschluß. Gleichzeitig wurde die Herabsetzung des Aktienkapitals durch Eingliederung von 150 000 M. im Eigentum der Gesellschaft befindlichen Aktien auf 850 000 M. genehmigt.

Der erste Eindruck ist der beste. Schöne weiße, mit der herrlich
erstehenden Chlorodont-Zahnpaste behandelte Zähne verlassen jedem
Gesicht einen eigenen Reiz. Tute 50 Pf. Versuch überzeugt. Sehen Sie sich
vor minderwertigen, billigen Nachahmungen, denn für das Wertvolle
was Sie besitzen, die Zähne, ist das Beste gerade gut genug. 1927

Und ist das Leiden noch so groß —
Das richtige Mittel gibt's bei Stoss
Taunusstraße 2
Artikel zur Krankenpflege 404
Leibbinden, Gummistrümpfe, Bandagen.

Die heutige Ausgabe umfaßt 10 Seiten
und „Das Unterhaltungsblatt“.

Verantwortlich für Politik und Handel: H. Kettler, für Unterhaltung, Stadt-
nachrichten und den übrigen Schriftteil: E. Schärer; für die Anzeigen und
Reklamen: H. Dornau, sämtlich in Wiesbaden.
Druck und Verlag des L. Schallenberg'schen Verlagsbetriebes in Wiesbaden

Die Erlebnisse der deutschen Grönland-Expedition.

Beim Einkauf von
RM. 25.- an freie
Bahnfahrt im Umkreis
von 30 Kilometer.

Labor-fac

das imprägnierte Polierkissen für alle Möbel, Lederwaren, für Wandtäfeln, Linoleum, Marmor usw., ausgezeichnet in der Wirkung, sparsam im Gebrauch.

Parkettfix

flüssiges Bohnerwachs, zum gleichzeitigen Reinigen und Polieren von Parkett- und Linoleum-Fußböden.

Durinol

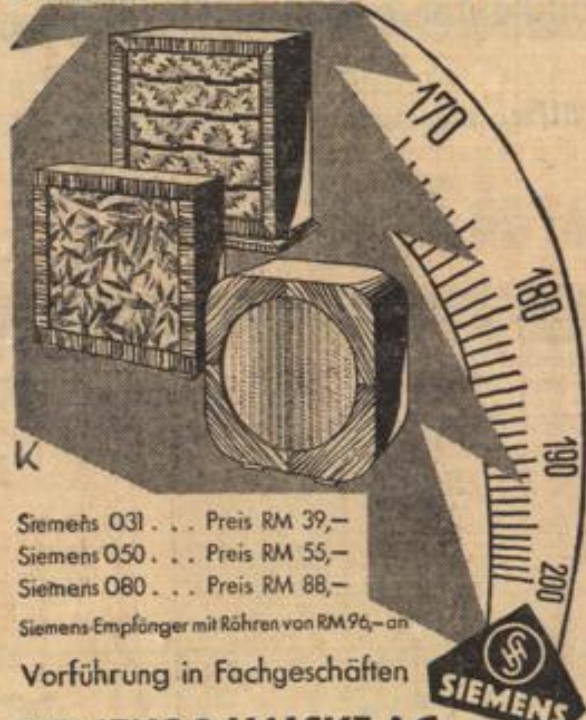
das ausgesprochene Fußboden-Reinigungsmittel für alle Fußböden. Es beseitigt leicht und wirksam jeden Schmutz. Parkettspänen vollkommen überflüssig. Besuchen Sie unverbindlich die

Praktische

Werbevorführung

am Sonntag, den 6. bis Mittwoch, den 9. Dezember bei der Fa. L. D. Jung, Wiesbaden, Kirchgasse

und am Montag, den 14. bis Donnerstag, den 17. Dezember bei der Fa. Tapezierer-Genossenschaft, Wiesbaden, Langgasse.

**Weihnachtsklänge
IM SIEMENS-LAUTSPRECHER**

Siemens O31 . . . Preis RM 39,—
Siemens O50 . . . Preis RM 55,—
Siemens O80 . . . Preis RM 88,—

Siemens-Empfänger mit Röhren von RM 96,— an

Vorführung in Fachgeschäften

SIEMENS & HALSKE AG
Wernerwerk, Berlin-Siemensstadt

In dem Konkursverfahren über das Vermögen der Firma Landauer u. Co., Wiesbaden, Friedbergstraße 53, Inh. Kaufmann Heinrich Landauer in Wiesbaden, Emser Straße 62, wird die Bormahme der Schlussverteilung genehmigt. Schlusstermin, in welchem auch Beschlüsse über die nicht verwertbaren Massegegenstände gefasst werden soll, ist anberaumt auf Dienstag, den 22. Dezember 1931, vorm. 10 Uhr vor dem unterzeichneten Gericht, Kirchgasse 15, 3. Zimmer 208/9.

Wiesbaden, 2. Dezember 1931.

F149a
Amtsgericht 6b.

In dem Konkursverfahren über das Vermögen der Eheleute Schuhmachermeister W. Th. Stein und Louise, geb. Schrupp in Wiesbaden-Erdemheim, Sedanstraße 5, wird auf Antrag einzelner Gläubiger gemäß § 93 A.D. eine Gläubigerversammlung mit der Tagesordnung: 1. Bericht des Konkursverwalters über den Stand des Verfahrens, 2. Wahl eines Gläubigerausschusses, 3. Beschlussfassung über die Einleitung eines Zwangsversteigerungsverfahrens bezüglich des Hausgrundstücks sowie der Ader, einberufen auf den 12. Januar 1932, vorm. 9 Uhr vor dem unterzeichneten Gericht, Kirchgasse 15, 3. Zimmer 208/9.

Wiesbaden, 26. November 1931.

F149a
Amtsgericht 6b.

Freiwillige Bohnhausversteigerung.

Am Samstag, den 12. Dezember, abends 7 Uhr, gelangt im Sitzungssaal des früheren Rathauses hier, auf Antrag der Eheleute Malchinski Wilhelm und Maria, im Auftrage des Amtsgerichts Wiesbaden, die Betsuna, Friedberg Straße 7, Bohnhaus mit Stallung, groß 2 Ar. 21 Quadratmeter, meistbietend zum Verkauf. In dem Hause befinden sich drei 3-Zimmer-Wohnungen, von denen eine zum Bezug für den Käufer zur Verfügung gestellt wird. Der Gebäudeversteigerungswert beträgt 638 M.

Die Versteigerungsbedingungen, sowie die das Grundstück betreffenden Nachweise, können während der Dienststunden beim Ortsgericht, Rathaus, Zimmer 8, eingesehen werden.

Wiesb.-Bohheim, 26. November 1931.

Das Ortsgericht: Sporkhorst, Bürgermeister.

Besuchstatten in wenigen Stunden

L. Schellenberg'sche Hofbuchdruckerei
Wiesbadener Tagblatt

**Total-
Ausverkauf**

wegen
Geschäftsaufgabe

Preisermäßigungen bis zu

65%

Beginn: Samstag, 5. Dez., vorm. 8.30 Uhr.

Die wirtschaftlichen Verhältnisse zwingen mich, mein seit 35 Jahren bestehendes Geschäft aufzulösen.

Mein großes, gut sortiertes Lager bietet Ihnen jetzt enorme Vorteile!

Nutzen Sie diese nie wiederkehrende Gelegenheit aus!

Sakko-, Sport- und Smoking-Anzüge
Winter- und halbschwere Mäntel — Trenchcoats
Gummi- und Lodenmäntel — Joppen — Windjacken
Lederjacken — Rauchjacken — Schlafrocke — Hosen
Westen — Sommer-Kleidung — Berufs-Kleidung

BRUNO Wandt

Spezialhaus für elegante Herren- und Knaben-Kleidung
Kirchgasse 56 — Fernsprecher 22093 — Durchgehend geöffnet!

DLAKATE

mit verschiedenen
Aufdrucken stets
vorhanden

L. Schellenberg'sche
Hofbuchdruckerei
Wiesbadener Tagblatt

**Fühlen Sie sich müde,
sie sich gespannt,
unpässlich?**

Nehmen Sie dreimal täglich ein Gläschen Doppelherz. Es ist das wohlschmeckende und bekömmliche Nerven-Kräftigungsmittel. Hervorragend bewährtes Kräftigungsmittel bei Neurasthenie, Blutarmut, Appetitlosigkeit und Schwächeständen aller Art. Probeflasche 2,50 große Flasche 4,50 u. 5,50

Zu haben in den nachstehenden Drogerien:
Drogerie Brecher, Neugasse 14, Tel. 23564;
Löwen-Drog. u. **Kräuterhaus Hans Krah**, Wellritzstraße 27.

Ein leckeres Abendessen
sind die frischen
Regensburger
Stück 15 Pfennig.
Metzgerei am
Kern, Bäckerbrunnen
Grabenstraße.

**VERNICKELTE
KLISCHEE-
ABGUSSE**
fertigt in kürzester Zeit
L. Schellenberg'sche
Hofbuchdruckerei
Wiesbadener Tagblatt



Zu Weihnachten
die gute
Schwarzwälder Standuhr!
Herrliche Schlagwerke, Glockenspiele. Alle Holzarten, Farbe zu Möbeln passend. Einfachste Uhr 55 RM. bis zu feinsten Prachtstücken. 5 Jahre Garantie. Wanduhren, Tischuhren schön schlagend. Frachtfreie Lieferung! Kleine Monatsraten! Fachm. Beratung, Kataloge. Viele Anerkennungen seit 31 Jahren!

Bau feiner Zimmeruhren,
Rudolf Scholl sen. Villingen (Schwarzwald).

Husten Sie? Versuchen Sie **Hustenfeind** ein Radikalmittel.

Spitzwegerichsalf!
Unentbehrlich bei allen Erkältungen für jung und alt.

Nervenpräparat!
Ein hervorragendes Mittel zur Kräftigung und Auffrischung des gesamten Nervensystems.

Außer **Lungenkalksaft — Blutsaft — Kinderkalksaft** erhalten Sie sämtl. Spezial-Tees bei allen Erkrankungen

Bergische Naturheil-Zentrale W.-Elberfeld
- Zu haben in allen Apotheken, bestimmt in der **Schützenhof-Apotheke**, Wiesbaden, Langgasse 11
Taurus-Apotheke, Wiesbaden.



10% RABATT
auf alle Musikinstrumente. Jeder bestelle sofort den neuesten Prachtkatalog bei
HUSBERG & COMP.
Rosenstraße Nr. 239 (Westf.)
Musikinstrumentenfabrik.

Zweits Einführung! Ausnahmeverkauf von 5000 Zentner Lebkuchen!

1 großes Kisten (ca. 10 Pfund) Postpaket echte feine Nürnberger Lebkuchen, Schokoladen- u. Dörrgebäck um. kein sortiert, alles zusammen zum spotbilligen Ausnahmepreis von nur 6,90 M. (Nachnahme). Lebkuchentabrik Schmidt in Nürnberg 579.

Bekanntmachung.

Gemäß Artikel 1 der Verordnung v. 5. Febr. 1919 (R. G. Bl. S. 176) wird hiermit am Sonntag, den 6., 13. und 20. Dezember d. J. für sämtliche Zweige des Handelsgewerbes eine Beschäftigungszeit von 14 bis 16 Uhr ausgesetzt.

Wiesbaden, den 27. November 1931.

Der Polizei-Präsident, gez.: Frohheim.

Für den Weihnachtstisch

empfehlen wir:

Der kleine Weihnachtsforscher

in der Stadt Wiesbaden
v. Mittelschullehrer Karl Döringer
Preis 75 Pfennig

Das neue Wiesbaden

von Lehrer L. K. A. Müller
Preis RM. 1.—

Der kleine Museumsforscher

v. Mittelschullehrer Karl Döringer
Preis 40 Pfennig

Erhältlich in unserem Verlag und in allen Buchhandlungen

L. Schellenberg'sche Hofbuchdruckerei
Wiesbadener Tagblatt

RADIO

nur die besten

NEUHEITEN

die bestimmt

FREUDE

machen

mustergültig angeschlossenen zu günstigen Bedingungen.

Gute kompl. Anlagen von **105.- Mk.** an

**MUSIKHAUS
SCHÜTTE**

Große Burgstraße
Telephon 25883

Jg. fette Halermastgänse, gest., Pfd. 80,—
Fett-Suppenhuhn, Pfd. 65,—
Fr. gesch. Feldhas, Pfd. 60,—
Haltbare Winteräpfel, Baummanns Renette, 2. Stettiner . . . Ztr. 8,—
sortierte Ware Ztr. 10,—
vers. frosts. geg. Nachh.
Heinr. Nagl, Alsenbach, M.-St. Weinh.-Bestell. v. Gänsen wird entgegen genommen.

Al. Serbe, gebt. von 25 Mk. an, billig Feldh. 18. Sol.

Denken Sie
jetzt schon an
Weihnachten

6 Karten 190
v. 1 an

und zu jeder Aufnahme, ganz gleich in welcher Preislage

Gratis
eine Vergrößerung
18x24, Karton 30x36

Alle anderen Formate billig

Samson
Kirchgasse 44
Photo-Atelier u. Vergr.-Anstalt
Sonntags geöffnet